

Züüber der Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Züüber der Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, bestellt durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausdrucker monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die sieben geplante Beilesehefte oder deren Raum 180 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pf., Reklamen 800 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

28. Jahrgang.

Der Jahrestag des Kapp-Putsches

Am 13. März war ein Jahr verflossen, daß unter Führung des Generals von Lüttich auf Veranlassung des Generallandschaftsdirektors Kapp eine Truppe reaktionärer Soldaten von Döberitz nach Berlin marschierte, um die Reichsregierung zu stürzen und den Reichstag auseinander zu legen. Kapp hatte seine Befähigung zur hohen Politik schon früher dadurch nachgewiesen, daß er mit echt ostpreußischer Zunkerfrechheit den Reichskanzler von Bethmann Hollweg zum Duell gesordert hatte, weil der mal irgend etwas gesagt oder getan hatte, was den ungeliebten König der Agrarfronte Ostpreußens verschuppte. Der Kanzler war klug genug, diese alberne Provokation abzuwehren. Aber Kapp hatte seitdem auch außerhalb Ostpreußens bei allen preußischen Reaktionären rechts und links der Elbe Oberwasser. Besonders als sie sahen, daß die Revolution mit den wachsenden Typen des alten Regimes so schonungsvoll verfuhr, daß sie sich von Monat zu Monat immer mutiger machen konnten, was ihnen um so leichter fiel, als ja der radikale Spaltungs- und Bürgerkriegsprozeß ihre Pläne wesentlich erleichterte.

In den Märztagen vorigen Jahres glaubte nun die Reaktion bereits so fest im Sattel zu sitzen, daß ein einfacher Putz genügte, um die Revolution und Republik durch einen schnellen Handstreich wieder ein und für alle mal zu erledigen. Sie hatten aber ihre Rechnung ohne das deutsche Volk gemacht. Iwar gelang es ihnen, knapp acht Tage lang die wichtigsten Regierungsgebäude Berlins besetzt zu halten, zwar verteilten sie bereits unter der Reichsverwaltung ihres Spiritus rektors Kapp die höchsten Staatswürden an ihre Getreuen. Sie zwangen ferner die alte Reichsregierung Berlin zu verlassen und wurden auch zur Ursache, daß der Reichstag statt in Berlin in Stuttgart zusammentraf. Damit war aber auch ihr Augenblickserfolg im wesentlichen erkippt.

Das ganze deutsche Volk stand wie ein Mann auf. Zum erstenmal entflammte ein politischer Generalstreit von einem Umfang und einer Intensität wie ihn Deutschland noch nie gesehen hatte. Das große Ringen begann zwischen der politisch-militärischen und der politisch-wirtschaftlichen Macht. Und da zeigte sich, daß diese der ersten auf jeden Fall weit aus überlegen ist. Nicht das Maschinengewehr und die Handgranate, sondern die Faust, die den Hammer oder die Kadel führt, sind die eigentlichen Träger der menschlichen Gesellschaft. Nur eine Staatsgewalt, die sich auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit stützt, kann sich dauernd behaupten. Eine Macht, die verfügt sie auch über alle Kanonen der Erde, kann nicht bestehen, wenn ihr die lebensnotwendige Arbeit entzogen wird.

Das hat die achtjährige Aufführung des Kapp-Putsches erneut bewiesen und wenn nicht wieder die alzu Radikalen in denselben Fehler versessen wären, die gesellschaftszerstörende Macht in dem Schießprügel in der Hand des Arbeiters, statt in seiner Stellung im Produktionsprozeß zu erblicken, dann hätten wir auch nicht die Bluttragödien zu erleben, denen unmittelbare und mittelbare Folgen der Kapp-

Das ist die wichtigste Lehre, die wir als Sozialdemokraten aus den Ereignissen vor Jahrestag zu ziehen haben und die auch die Richtigkeit der von unserer Partei in diesen Schicksalstagen eingeschlagenen Taktik darstellt.

Es ist um so notwendiger, das hervorzuheben, als ja die weiteren Zeiteignisse erwiesen haben, wie leicht noch große Massen des deutschen Volkes politischen Rattenfängern ins Garn laufen.

Dem Kapp-Putsch folgte die Reichstagswahl vom 6. Juni mit dem berühmten „Rud nach rechts“ und dem „Niesenjag“ der Unabhängigen. Die Sozialdemokraten schieden aus der Reichsregierung. Für die Putschisten von rechts und den Radikalismus von links war freie Bahn.

Aber schon nach kurzer Zeit zeigte sich der unverhohlene Kontroll der Rechtsparteien. Sie muhten in Spaß das Kohlenabkommen mit der Entente unterzeichnen, sie, die die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages Müller und Erzberger als das größte Verbrechen antrechneten. Sie schürten nach der Ententeblockade des Krieges die agrarische Hungerblockade des eigenen Volkes im Frieden. Sie ruinierten die steigende Valutatendenz der deutschen Mark und nur in einem zeigten sie sich groß; in der Art, in der sie die eigenen Kappverbrecher, und wenn es selbst Bestien in Menschen gestalt waren, wie die Aulof, Schulz und andere, laufen ließen, um desto wütender über diejenigen herzufallen, die es gewagt hatten, gegen die Putschisten zu kämpfen.

Kapp selbst brachte sich in einem Flugzeug nach Standorten in Sicherheit, wo sich dieser Altkoholit bei einer sowie Schwedenpunsch selbst verriet. Seine Helfershelfer verschwanden hierhin und dorthin und das hochverräterische Unternehmen war gescheitert.

Der unabhängige Sieg hat dieser Partei bekanntlich auch keine Freunde und keinen Erfolg gebracht, da sie sich weigerte, die politische Konsequenz zu tragen und mit in die Regierung einzutreten. Sie blieb der Geist, der stets verneint, und beweiste sich damit das Grab, in das sie am 20. Februar geriet. Allerdings spielt sie ja im frummen Köhlerstaaten mit dem Gedanken einer fröhlichen Urstand.

Aber das ist ein Kinderstübchenmärchen, mit dem sie sich selbst und den großen Kämmel ihrer „Nicht-mehr-Wähler“ einschlüßen will. Als politischer Faktor ist die U. S. P. ausgeschaltet. An ihr hat sich das Bibelwort in ganz kurzer Zeit bewahrt, daß wer das Schwert zieht, durch das Schwert umkommt. Sie hat zuerst „gepalten“ und ist jetzt so „zerpalten“, daß die übrig gebliebene Handvoll Spähne von ihrem stolzen Parteibaum keiner Käze mehr ein warmes Osenloch verschaffen kann.

Der politische Reifungsprozeß des deutschen Volkes hat seit den Kapptagen gewaltige Fortschritte gemacht. Das zeigt der Vergleich des 6. Juni mit dem 20. Februar. Das zeigt aber auch die Tatsache, daß es weder die Rechts noch die Links-Bolschewiks in Deutschland vermochten, in diesen Tagen des Londoner Unheils und des neuen Imperial-Aventeures der Entente am Rhein jene „Revanche- und Moskowiter-Stimmung“ zu erzeugen, die notwendig gewesen wäre, die berühmte russisch-deutsche Revolutionärfront am Rhein zu schlagen, um dort dann dem neuen Kaiserstaat der Reaktion den Weg zu ebnen.

So können wir mit Befriedigung auf die Ereignisse vom 13. März zurückschauen:

Nie ist ein Volk gewaltiger und heroischer, als wenn es als einzige Macht die einmal errungene Freiheit lediglich durch das Mittel der Verweigerung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit verteidigt.

Darin zeigt sich ein viel größeres Heldentum, als auf der Barrakade und im Schüngengraben. Denn es macht auch die Mütter und den Säugling in der Wiege, den Greis und den Invaliden zum stillen Opfer tragenden Kampf für Recht und Freiheit.

Es liegt darin aber auch der eindrucksvolle Wahrheitsbeweis für die alte sozialistische Kampfslogantenz:

Ihr habt die Macht in Händen,
wenn ihr nur einig seid;
drum haltet fest zusammen,
dann seid ihr bald bestellt.
Ermüdet nicht im geiß'gen Streit
und wenn der Feind kriegt'st du siegt.
Zum Sieg, ihr Arbeitssmänner,
du Proletariat!

Deutscher Reichstag. Entwaffnungsgesetz und Reichsministerium des Innern.

Nachdem am Montag der Reedereiausbildungsvertrag gegen eine gewisse Obstruktion der Kommunisten endlich verabschiedet war, ging man zur ersten Beratung des Entwaffnungsgesetzes über. Der Entwurf, der eben erst den Reichsrat verlassen hat, wurde bemerkenswerterweise vom Außenminister Simons mit der Rücksicht auf die Pflicht der Erfüllung des Friedensvertrages begründet. Genosse Hoffmann-Kaiserslautern tadelte das Unzulängliche des Entwurfs, der nur eben das Allernotwendigste bringt. Der Deutschnationale Edler von Braun stellte sich auf den Standpunkt „Biegen oder Brechen“ und hielt jede weitere Rücksicht auf den Friedensvertrag für überflüssig. Nun abhängig e und Romann ist ein machens sich wieder einmal bequem und lehnen das Gesetz wegen seiner Dürftigkeit in Bausch und Bogen ab. Gescheiter wäre es natürlich, wenn sie in der Kommission unsere Parteigenossen in dem Bestreben unterstützen würden, das an sich so notwendige Gesetz möglichst zu verbessern. Aber sie lieben nun einmal die agitatorische Phrase mehr als die Verantwortung. Nachdem der Entwurf an die Kommission gegangen ist, begannen wieder die endlosen Reden zum Ministerium des Innern.

83. Sitzung. Berlin, 14. März 1921.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung vor schwach besetztem Hause. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Beratung des Reedereiausbildungsvertrages, erhält das Wort

Abg. Barck (Kommunist), der den Abg. Höller wegen des am Freitag gegen ihn ausgeschlagenen Entwurfs in Schutz nimmt. Das Reedereiausbildungsabkommen sei ein Volksschrein, denn die Regierung verabweigt, daß außer der jetzt belasteten Summe bereits 6½ Milliarden an die Reeder ausbezahlt werden seien. (Hört, hört! links.) Die Reeder hätten sich freiwillig ihre Schiffe an die Entente abgeliefert, da sie gewußt hätten, daß dort ihre Schiffe besser bezahlt würden, als wenn sie sie hier für den Verleih verwandt hätten. Die Regierung versuche, der Vorschlag einen sozialen Anstrich zu geben, aber das Geld sei nichts anderes als eine Liebesgabe an die Reeder.

Die Regierung müsse den Reedern die Schiffe in natura erücker. Vor der Gesamtabstimmung über den Reedereiausbildungsvertrag bemerkt Abg. Vogt (Kommunist) zur Gesetzestordnung: Ich stelle fest, wie möglich das Haus besteht ist, wo es sich darum handelt, 12½ Milliarden den deutschen Reedern in den Schoß zu werfen. Ich zweifle die Beliebigkeit des Hauses an.

Präsident Löbe sieht sich diesem Zweifel an und verfragt die Sitzung auf 1½ Uhr mit derselben Tagesordnung.

Präsident Löbe schlägt nach Wiedereröffnung um 1½ Uhr zusammen mit der Abstimmung über den Reedereiausbildungsvertrag um 4 Uhr nachmittags zusammen und teilt mit, daß

Ein großer Teil der Abgeordneten, die sich zur neuen Sitzung zahlreich eingefunden hatten, verlassen nach dieser Mitteilung wieder den Saal.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Weiterberatung des Haushalts des

Ministerium des Wiederaufbaus

nichts Ergänzungen.

Abg. Wienecke (DRL): Es ist notwendig, daß die Wünsche der nach Deutschland zurückgekehrten Auslandsdeutschen und auch die Wünsche der geschädigten Inlandsdeutschen mehr als bisher und schneller berücksichtigt werden. Von den Borenschädlungsanträgen sind noch 25 000 unerledigt. Wir müssen in der Wiederaufbauzeit mehr Propaganda treiben als Gegenwirkung der französischen Propaganda gegenüber.

Abg. Dauch (DP): Man wird vielleicht das Wiederaufbauministerium später dem Reichschauministerium angliedern können, aber vorläufig können seine Aufgaben noch nicht auf andere Ministerien übertragen werden. Die Kolonialabteilung könnte vielleicht erhalten bleiben. Der Wiederaufbau kann nur mit unserer Arbeit betrieben werden. Unser Außenhandel hat darüber schwer gelitten, daß man die Liquidationsforderungen nicht aufreden konnte. Die Borenschädigung für die Auslandsdeutschen ist viel zu langsam vor sich gegangen.

Abg. Kniest (DDP): Bei kommenden Aufräumen müssen die Organisationen des Gewerbestandes berücksichtigt werden, besonders die Gewerbetreibenden der besetzten Gebiete.

Staatssekretär Müller: Wir wollen in weitestem Maße das deutsche Handwerk, die deutsche Industrie und den deutschen Handel bei den Lieferungen heranziehen. Wir befinden uns im Einverständnis mit den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen bei diesen Plänen, aber bei der französischen Regierung haben wir bisher noch keine Gegenliebe gefunden. In der Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen wird neuerdings in einem rascheren Tempo gearbeitet. Der Apparat des früheren Kolonialministeriums muß in der einen oder anderen Form aufrechterhalten werden. Wir haben die Hoffnung, früher oder später wieder in den Besitz von Kolonien zu kommen, noch nicht ausgesprochen.

Abg. Fries (SPD): Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs kann nur vom internationalen Proletariat geleistet werden. Auf dem Boden des Kapitalismus kann es nicht mehr an einem Wiederaufbau kommen.

Abg. Grün (USPD): Die 136 Millionen für den Neubau von Schiffsfahrtzeugen sollen den Niedern ausliegen. Der Neubau müßte der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Statt dessen werden die Dampfer vermietet, daß nicht einmal die Verzinsung herauskommt. Die sogenannten Seefahrzeuge werden auf verschiedene Häfen verteilt, die Serien auseinandergerissen und so der Zweck der Sache vereitelt. Wir können dem Wiederaufbauministerium in keiner Weise unser Vertrauen aussprechen.

Staatssekretär Müller: Die Ausführungen des Vorredners werden wir zum Anlaß einer eingehenden Nachprüfung der Angelegenheit machen.

Damit schließt die Aussprache. Der Etat des Wiederaufbauministeriums wird sodann nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurzes zur Durchführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages betreffend

Verbot der Selbstschußorganisationen.

S. 1 verbietet Vereinigungen aller Art, die ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Waffen ausbilden oder sich mit Waffen beschäftigen, die auf eine Mobilisierung hinzielen. S. 2 verbietet es Unterrichtsanstalten, Universitäten und Kriegervereinen, Schützengilden, Sportvereinen und Wandervereinen, überhaupt Vereinigungen aller Art, sich mit militärischen Dingen zu beschäftigen sowie sich mit dem Reichswehrministerium oder einer anderen militärischen Behörde dauernd in Verbindung zu halten.

Reichsminister Dr. Simons betont, daß er nur für die politische Begründung des Entwurzes verantwortlich sei. Man hat uns für die Durchführung der Entwaffnung eine Frist gestellt. Die Folge war die Konferenz der bündestaatlichen Minister. In London ist die Angelegenheit durch das vorzeitige Scheitern der Reparationsverhandlungen nicht zur Sprache gekommen. Es waren uns bereits Sanktionen angedroht, die mit Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage begründet waren. Gegenüber der Meinung, daß wir durch das Scheitern der Londoner Verhandlungen unserer Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage ledig seien, habe ich zu erklären, daß diese Auffassung unserer Politik nicht entsprechen würde. Ich bin der Meinung, daß die rechtliche Stellung Deutschlands sehr gut ist. Sie bleibt es aber nur solange, als unter Recht in der Welt voll anerkannt wird. Im Augenblick, wo wir in der Entwaffnungsfrage uns unseren Verpflichtungen entziehen würden, würde unsere Stellung verlieren. Wir müßten großen Nachdruck darauf legen, daß uns nicht irgend ein Verstoß gegen die Bestimmungen nachgewiesen werden kann. Die Darstellung der bürgerlichen Verhältnisse muß als übertrieben angesehen werden. Es handelt sich hier nur um gewisse Maßnahmen, die notwendig werden, um verbotene Handlungen zu verhindern. Dem haben wir in dem Gesetzentwurf Rechnung getragen. Das Reich greift durch das Gesetz am einfachsten in die verfassungsmäßigen Zustände der einzelnen Länder ein. (Hört, hört!) Über mich habe darauf bestehen müssen, daß das Reich in dieser Frage seine Zuständigkeit erweitert, da es nicht auf uns hin für die Ausführung der Entwaffnung verantwortlich ist und es nicht kann, die Hand zu nehmen. Es ist darauf Angenommen, daß der uns gestellte Zeitraum am 15. März zu Ende ist.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (SD): Unsere Stellung zu der Entwaffnungsfrage hat sich auch durch den Ausgang der Londoner Konferenz nicht geändert. Wir fordern die Durchführung des Gesetzes, um die auswärtigen Politiken den Gesetzentwurf zu erhalten. Wir aber für ungültig und unzureichend. Es ist immer nur von Selbstschußorganisationen die Rede. Das Wort „Gesetzentwurf“ aber ist schon veraltet, wie

zwar hat der Reichsrat es ausgemerzt. Wer soll denn damit gesündigt werden, die Entente oder Deutschland? (Unruhe rechts.) Wir verlangen die Vorlegung des Notenwechsels mit Bayern. Was soll in Bayern vollzieht, ist ein nationales Tragödienspiel. Wie soll die Reichsregierung durchsehen, daß in Bayern die schwächeren Waffen bis zum 31. März abgeliefert werden? Die bayerische Presse besteht auf Erhaltung der Einwohnermehrheit und schreit über Vergewaltigung. Auch die bayerischen Demokraten machen diese Politik mit. Es ist Schuß der Reichsregierung, daß infolge ihrer Nachgiebigkeit eine solche Situation geschaffen ist. Sehen Sie nicht, Herr Minister, daß die bayerische Regierung heute selbst nicht mehr Herr der Lage ist? Sehen Sie nicht, daß eine solche Haltung Bayerns eine weitere Verleugnung deutscher Gebiete nach sich zieht und die Loslösungsgefahr vergrößern muß? So schlägt man nicht die Einheit des Reiches. Wenn man früher sagte: In Bayern soll das Reich genesen! dann gilt heute das bittere Wort: In Bayern geht das Reich zugrunde! — Das weitere Schicksal Deutschlands hängt vom bayerischen Volke ab. (Große Unruhe rechts.) Rechtfertiger Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Edler von Braun (DN): Nach unserer Meinung haben wir bezüglich der Entwaffnung bereits alles getan, was man nach dem Vertrage von Versailles von uns verlangen kann. Wir lehnen das Gesetz ab.

Vizepräsident Dr. Bell unterrichtet die Beratung, um die vorher ausgeschickte

Entscheidung über das Niederzabissnungsgesetz vorzunehmen. Das Ergebnis ist folgendes: Es haben abgestimmt 301 Abgeordnete, davon 238 mit ja, 60 mit nein, drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Das Gesetz ist also angenommen.

Die Beratung des

Entwaffnungsgesetzes

wird fortgesetzt.

Reichsminister des Innern Koch: Ich stehe als Kabinettsmitglied voll auf dem Boden des Gesetzes und muß mit Entschiedenheit betonen, daß die Gründe für das Gesetz nicht innen-, sondern außenpolitische sind. Es ist unrichtig, daß die Vorlage die Bevölkerung verletzt. Ich habe den Eindruck, daß sie der Opposition stehen, sich eine unberechtigte Entrüstung bewirkt hat. Es wäre eine verhängnisvolle Katastrophenpolitik, wenn dieses Gesetz nicht angenommen würde.

Abg. Solmann (US): Man hat den Arbeitern die Waffen abgenommen, den gegenrevolutionären Elementen hat man sie aber gelassen. In Bayern ist alles ruhig. (Zwischenruf: Anfolge der Einwohnermehrheit.) Wir müssen unbedingt die Vorrichtungen des Vertrages von Versailles erfüllen. (Zwischenruf: rechts.) Der vorliegende Gesetzentwurf ist unzulässig und deshalb lehnen wir ihn ab.

Abg. Hamm (Dem): Die Frage der Entwaffnung muß vorsichtig behandelt werden. Wir müssen den außenpolitischen Verhältnissen Rechnung tragen.

Reichsminister Dr. Simons: Ich bestreite, daß ich mich irgendwie im Gegensatz zum Minister Koch befinden. Das Pflichtgefühl gegen das deutsche Vaterland hat mich veranlaßt, den Gesetzentwurf einzubringen. Auch mir wäre es lieber, wir brauchten nur mit Innenpolitik zu befassen. Sedenfalls liegt es mit jenem, den Standpunkt Deutschlands schwieriger zu gestalten als es ohnehin schon ist. Selbst wenn die technischen Mittel da wären, würde ich Bedenken tragen, den Rest unserer jungen Mannschaft, den wir noch besitzen, noch einmal einzusezen. Es sei denn im äußersten Notfalle. (Beifall.)

Abg. Neumeyer (Komm.) bezeichnet die blauweiße Schmach als viel unerträglicher als die schwarze Schmach und erzeugt damit einen Sturm der Entrüstung. Laute Rufe erteilen. Vizepräsident Dr. Bell unterrichtet den Redner und ersucht ihn, derartige Ausprüche zu unterlassen.

Abg. Neumeyer (Komm.) wiederholt den Zusdrud nochmals, wodurch erneut minutenlang andauernde Lärmzonen hervorgerufen werden. (Vizepräsident Dr. Bell ruft den Redner zur Ordnung.) Redner macht fortfährend, der Redner den Vorwurf des Hochverrats und äußert Bedenken, daß die Vorlage nur ein Schwindel zur Täuschung der öffentlichen Meinung sei.

Vizepräsident Dr. Bell warnt den Redner.

Abg. Neumeyer (Komm.) kommt sodann auf eine Verordnung des Reichspräsidenten zu sprechen. Entweder hat der Präsident mitschwärmen wollen oder aber, wenn er es ehrlich gemeint habe, der Sinn der Verordnung sei von den unteren Organen in das Gegenteil verkehrt worden. Der Entwurf sei für seine Partei unannehmbar.

Abg. Simon-Schwaben (SD): Die bayerische Einwohnerwehr ist allerdings eine Einrichtung des damaligen Ministerpräsidenten Hoffmann, aber unter einem ganz andern Gesichtspunkte geschaffen und nicht mit dem Zweck, sie zu einem Dauerzustande auszubauen. Redner beantragt die Weitersetzung der Vorlage an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des

Reichsministeriums des Innern.

Abg. Dr. Schreiber (3) teilt mit, daß ein Antrag der Koalitionsparolen vorliege, die Kriegsfinanzwirtschaftsgesetz der Koalitionsparolen vorliege, die Positionen des Reichswanderungskomites an den Hauptausbau zurückzuverweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Dr. Weiß (Dem.) bespricht die Ausweisung ehemalischristlicher Beamten. Weiter behandelt er die Ausgestaltung des Reichsarchivs und die Tätigkeit der Technischen Stützstelle. Für das Reich muß ein einheitliches Schulgesetz eingeführt werden. Die allgemeine Entfernung des Religionsunterrichts wäre ein schwerer kultureller Rückgriff.

Abg. Dr. Wumm (DN) begründet seinen Antrag, die Regierung möge auf die Länder Sachsen und Hamburg dazin einwirken, daß die Befragung der Eltern so erfolgen möge, daß nur diejenigen Kinder, dem Religionsunterricht fernbleiben, deren Eltern es ausdrücklich verlangen.

Abg. Frau Wälf (SD): Der Reichsminister des Innern soll sein Gesetz über die Entwaffnung der Einwohnerwehren auch Bayern gegenüber erneut anstreben. Mit der politischen Reaktion der Länder muß gebrochen werden. Wir vermissen im Reichsministerium des Innern eine großzügige Kulturpolitik. Man lebt im Kulturreden ebenso wie im Wirtschaftlichen von der Hand in den Mund. Die Vertretung des Jugendwohlfahrtsgesetzes begrüßen wir auswärtig. Unsere Jugend muß im Sinne der Völkererziehung erzogen werden, nicht nach französischem Muster in dem Gedanken der Revanchepolitik. Die Kritik des Abgeordneten Kunz am dem Vorwurf der Verfehlung ist unberechtigt. An das Interesse der Regierung und des Hauses für eine großzügige Schulpolitik kann ich erst dann glauben, wenn man erst den Verfehlungen zu Nutzen übergeht. (Beifall b. d. S.)

Das Haus verlagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Antragen, Homehalle 1921. Rest von heute. Schluß 9½ Uhr.

Die Zwangsmassnahmen.

Die Sozialrätekonferenz ist für Freitag, 18. März, erneut zu einer Sitzung einzuberufen worden, in der die fiktive Beleidigung von Sozialräten aus der Abschaffung einer neuen Vorhabe an die Entente erörtert werden wird. Am Mittwoch wird sich auch der Wirtschaftspolitisches Ausschuss des Reichswirtschaftsrates über die Wirkungen der Sanktionen auf die Ein- und Ausfuhr beschäftigen, dabei soll besonders auch die Wirkung der 50 Prozent Zölle auf Industrie und Handel in rechtlicher, finanzieller und allgemeinwirtschaftlicher Hinsicht beprobt werden.

Die deutsche Regierung hat bei dem Sekretär des Völkerbundes protest gegen die Sanktionen erhoben, die sie als rechtswidrig erachtet.

Die französischen Sozialdemokraten haben einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt gerichtet, in dem gesagt wird, daß die Verantwortlichkeit für die Kriegserklärung bei Deutschland liegt. In dem Aufruf werden alle Verstöße gegen die Kriegsgezeuge, alle planmäßigen Beschützungen, deren Deutschland sich im Laufe des Krieges zuschulden kommen ließ, aufgeführt. Es geht nicht an, daß das sündige deutsche Kapital sich dem gerechten Opfer entziehe. Der Aufruf fordert zum Schlusß die deutsche Arbeit auf, die Würde des Kapitals zu verteideln. Wir geben diese Pariser Meldung der TLL mit Vorbehalt wieder. Der ganze Werthalt des Aufrufes muß erst vorliegen, ehe man ein rechtes Urteil gewinnen kann.

Die Pariser Ausgabe der "Chicago Tribune" veröffentlicht einen Bericht, in dem erklärt wird, daß die meisten amerikanischen Häuser ihre Aufstiege im Ruhegebiet annulliert haben, bis sie über die praktischen Folgen der Zwangsmassnahmen genau unterrichtet sind. Die bis jetzt zurückgezogenen Bestellungen belaufen sich auf mehrere Millionen. Ein Kaufhaus in St. Louis, das allein für vier Millionen Dollar chirurgische Instrumente bestellt hatte, hatte seine Bestellung ebenfalls zurückgezogen.

Die Verteilung der Werte.

Nach einer Meldung des "Messenger" aus Paris hat die internationale Grenzkommision die Frage des Brennerpasses zu Gunsten Italiens entschieden, indem sie das ganze Brenner-Gemeindegebiet in das italienische Gebiet ein geschlossen hat.

Ein Mandat Frankreichs.

Einem in Beirut zwischen dem französischen Oberkommissär und dem Führer der Russischen Berge geschlossenen Abkommen zufolge, hat Frankreich die Selbständigkeit der Bevölkerung der russischen Berge im westlichen Libanon anerkannt. Das Land wird zum unabhängigen Staat unter dem Namen Frankreichs proklamiert. Es wird sich selbst verwählen. Der eingeborenen Regierung werden französische Berater beigegeben.

Die russische Gegenrevolution.

Aus den äußerst unzuverlässigen und sich widersprechenden Meldungen aus Russland seien die folgenden verzeichnet. Eine Stellungnahme dazu ist vorläufig ganz unmöglich. Die Sowjetregierung meldet unter dem 14. März amtlich: Der Aufstand in Kronstadt nähert sich dem Ende. Die Revolutionäre haben kein Brot mehr. Verschiedene Spione der Weißen Garde, die verlauten, in die Festung Peterhof einzudringen, wurden gefangen genommen. In Massenversammlungen von Arbeitern, Soldaten und Bürgern in allen Vereinen von Petersburg wurden Resolutionen angenommen, in denen die Gegenrevolution verurteilt und die Rechtsgruppen der Sozialrevolutionären Verräter genannt werden. Die Seeräte in Kronstadt sind bereit, sich der Sowjetregierung zu ergeben, während die Offiziere versuchen, nach Finnland zu flüchten.

Bon der finnischen und der estnischen Grenze kommen nunz entgegengesetzte laufende Berichte. Das aufständische Kronstadt leugnet jede Teilnahme weißgardistischer Offiziere. Es verlangt die Umbildung der Räteregierung. Die roten Truppen sollen in großen Verbänden zur Gegenrevolution übergehen.

Ähnliche Meldungen kommen aus dem übrigen Russland. In Podolien sollen die roten Truppen gemeinsam mit den Bauern sich gegen die Räteregierung erhoben haben. Und in Orel sei das ganze Kavalleriekorps Budjann, das gegen Kronstadt unterwegs war, Moskau unterwegs geworden.

Zur Ergänzung dieses Wirtwars sei noch ein Rigauer Telegramm erwähnt, daß von großer bolchevistischer Ausmarschbewegung gegen Wilna zu berichten sei.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die Bildung einer Regierung in Preußen nach bisherigem Muster steht auf immer größere Schwierigkeiten. In der Reichsregierung haben Zentrum und Deutsche Volkspartei ein gewisses Verhältnis geklöppelt und sie möchten dies jetzt auch auf die preußische Landesregierung ausdehnen.

Die Zentrumsfraktion hat, laut "Germania", schon am 8. März beschlossen, aus "ostpreußischen Rücksichten" eine Erweiterung der alten Koalition unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zu verlangen. Und nun hat auch der vielbedeckte Stresemann die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei in einer Stuttgarter Versammlung bekannt gegeben. Das vertrauliche Zusammensetzen der Mittelparteien im Reiche müsse auch für Preußen seinen Einfluß geltend machen. Zentrum und Deutsche Volkspartei würden nun gemeinsam eine Regierung bilden. Lehne die Sozialdemokratie dies ab, so schalte sie sich selbst aus; denn von Seiten der Deutschen Volkspartei würde grundsätzlich kein Widerspruch dagegen erhoben werden; auch mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Selbst deutchnationale Kreise wäre eine so weitgehende Koalition nicht absolut zuwiderr.

Deniliß führt so der Weg zu einer rein bürgerlichen Regierung. Wie könnte die Sozialdemokratie jemals mit einem Stresemann oder gar einem Stinnes zusammenarbeiten? Unterdes schauen große Teile der deutschen Arbeiterschaft wie gebannt nach Moskau, und sehen nicht, wohin im eigenen Lande die Reise geht. Wünschen sie erst den Schaden zu haben, um flug zu werden?

Das Attentat auf die Siegesäule in Berlin

zur Kriminalpolizei Anklage zu umfangreichen Nachforschungen nach den Tätern. Wie das "Welt-Blatt" meldet, haben diese Nachforschungen zu der Entdeckung eines großen Komplotts geführt, das sich nicht allein die Aufgabe gestellt hatte, die Siegesäule zu vernichten, sondern das auch die Würde gehabt haben soll, weitere Dynamitattentate zu begehen und zugleich hervorragende Persönlichkeiten umzubringen. Bis jetzt hat die Berliner Kriminalpolizei kein Versehen in Hoffnungen, denen einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß sie an Attentatsplänen beteiligt waren. Die Attentäter waren nicht, wie man anfangs vermutete, Russen, sondern sind Reichsbürger, die die Pläne aus dem Ziel auf politische Gewalt gerichtet.

Die wenigen Verhaftungen finden ihren Ursprung durch die vor einigen Wochen in Frankfurt a. M. gemachte Auffindung eines Pakets des Dynamit enthielt. Diese Auffindung lenkte die Polizei auf eine Spur, die weiter zu erkennen gab, daß die Attentäter sich mit den bereits oben genannten Attentaten trugen.

Über die an der Siegesäule aufgefundenen Dynamitpäckchen verlautet, daß sie zum Teil aus einem Bergwerksbetrieb, zum Teil aber auch aus Heeresbeständen geföhlt worden sind. Sachverständige Kreise sagen aus, daß eine Explosion des aufgefundenen Dynamits noch in einem Umkreis von 4 bis 5 Kilometern Wirkungen gezeigt hätte, die bei Lebewesen den Tod verursachen würden. Insgesamt sind auf die Verhaftung der einzelnen Täter, die das Attentat auf die Siegesäule planten, 50 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Elektorenrat des Reichstages

einigte sich dahin, bei der Staatsberatung jeweils nur einen Redner vorzutragen. Ausgenommen soll der Staat des Innern mit zwei Rednern bei Beschränkung der Redezeit auf 30 Minuten sein. Dadurch hofft man, die Staatsberatung in dieser Woche abzuschließen. Der Wiederbeginn der Beratungen nach der Osterpause ist noch nicht festgelegt. Das Präsidium legt einen Antrag vor, nicht vor dem 12. April wieder zu beginnen. Mit Rücksicht auf die Verschiebung der Parteikämpfe wird nach der Osterpause auch eine Neubesetzung der Ausschüsse und des Präsidiums in Aussicht genommen. Ein Bericht von Mitgliedern der Linken geht dahin, 4 Vizepräsidenten zu wählen, damit den Unabhängigen der Vizepräsident verbleibt und die Deutsche Volkspartei einen solchen erhält.

Vom Berliner Balkenkrenzzug

über den wir Montag berichtet, ist noch nachzutragen: Einige deutsch-nationale Organisationen, darunter auch die Vereinigung ehemaliger Baltikum, wollten gestern vormittag auf dem Lützowplatz eine Demonstration gegen die Befreiung im Westen veranstalten. Da der Lützowplatz aber innerhalb des Bankkreises liegt, der um die Parlamente gezogen ist, wurde die Versammlung von Sicherheitspolizisten verhindert. Darauf zogen etwa 400 Männer mit Hakenkreuzfahnen und Aufschrifttafeln gegen die Friedensbrecher und gegen die Entenkommission durch den Westen. Auf dem Sonntagsbummel der Tauenzinstraße wurden jedoch aussehende Leute angebrüllt und beschimpft. Da sie für eine Reise mit den sich inzwischen angestellten Linkenradikalen zu schwach waren, zogen sich die Rechtsradikaler nach dem Grunewald zurück und schimpften auf den Minister Simons.

Die obstanten Bayern.

Vor der Feldherrnhalle zu München kam es Montag zu einer großen Protestdemonstration der Nationalisten gegen das Entwaffnungsgesetz. Nach einer Rede des Obersten v. Knyland begab sich eine Deputation mit der beschlossenen Protestkundgebung zu dem Präsidenten v. Rahr, der dann von der Freitreppe des Regierungsbüros aus der Menge versicherte, daß er in der Wehrfrage von seinem Standpunkt nicht abgehen werde. Auch den Bayern wird noch begreiflich gemacht werden, was sie zu tun und zu lassen haben.

Kleine politische Nachrichten.

Die Sommerzeit wurde vergangene Nacht in Frankreich eingeführt. Damit hat Frankreich dieselbe Zeit wie Deutschland.

Siebzarm Tode verurteilte Sinner wurde Sonntag in Dublin gehängt. Vor dem Gefängnis hatte sich eine Menschenmenge von etwa 25 000 Personen versammelt. Bis 12 Uhr ruhte die gesamte Arbeit zum Zeichen der Trauer.

Der Mörder Dato wurde verhaftet. Er ist ein anarchistischer Kämpfer, der 22 Jahre alt ist und aus Tarragona gebürtig ist. Er gestand ein, der Mörder Dato zu sein und hat auch die Namen der beiden Spieghessen angegeben.

Oesterreich.

Gegen Imperialismus und Kapitalismus.

In verschiedenen Stadtteilen Wiens fanden Sonntags-Massenversammlungen mit der Parole: "Gegen Imperialismus und Kapitalismus" statt, in denen sozialistische Abgeordnete Referate hielten. Die Redner gedachten in ihren Ansprechungen auch der Märgetollen. Professor Hartmann wies in einer Versammlung darauf hin, daß die Sozialdemokratie Oesterreichs gewählt seien, die Leiden des deutschen Volkes mitzutragen. Es kam darauf zu stürmischen Sympathiekundgebungen für Deutschland.

Antisemitische Ausschreitungen in Wien.

Am Sonntag wurde in Wien eine Versammlung der Antisemiten stattgehalten. Nach deren Schluß kam es in der Ringstraße zu Ausschreitungen. Bei einer Reihe von Geschäftsläden wurden die Fensterscheiben eingeschlagen. Von der Tramhahn wurden Leute herabgeholzt, die für Sieden gehalten wurden, und schimpften. Frauen und Mädchen wurden beschimpft. Bei dem Bahnhof Wien-Pressburg wurden die Wagons mit Steinen beworfen, die Fensterbrüche zertrümmert und die Leute, die man für Sieden hielt, mit Stockschlägen mishandelt. Ein Veruch der Antisemiten, in die Leopoldstadt einzudringen, wurde von der Polizei vereitelt. Es wurden 25 Verhaftungen wegen öffentlicher Gewaltübung vorgenommen.

Frankreich.

Die Pariser Nachwahl.

Bei der Stichwahl im zweiten Wahlbezirk von Paris siegten die Kandidaten des nationalen Blocks mit rund 70 000 Stimmen über die beiden Kommunisten, die rund 58 000 Stimmen erhielten. Es handelt sich um Erzgroßvater des Präsidenten der Republik Millerand und den rechtsstehenden verstorbene Sozialisten Laché. In dem ersten Wahlgang erhielten die bürgerlichen Kandidaten rund 47 000 Stimmen, die Kommunisten 33 000 Stimmen. Die Kandidaten der rechtsstehenden sozialistischen Partei rund 20 000 und die der Radikalen rund 13 000 Stimmen.

Diese Nachwahl wurde mit großer Spannung verfolgt; sie galt als Teststein für die Stellungnahme des französischen Volkes zu den Londoner Forderungen. Bemerkenswert ist, daß die rechtsstehenden Sozialisten geschlossen für die Kommunisten eingetreten sind, obwohl diese jede Verschuldigung abgelehnt hatten. Ausgeschlaggebend

für den bedauерlichen Wahlausfall war die Haltung der bürgerlichen Linken (Radikalen), die für eine ungespaltene Partei zweitlos eingetreten wäre.

Italien.

Krise.

Nach Blättermeldungen hat sich Giolitti entschlossen, das Parlament aufzulösen und sofort Neuwahlen einzuschreiben. Der "Scrolo" glaubt zu wissen, daß das Programm Giolittis für die Neuwahlen vor dem gegenwärtigen Sitzungssessel Stellung nimmt und weiter gegen die Gruppe Mittlere Front macht. Die Giolitti freudliche Presse prophezeit ebenfalls einen Sieg gegen die Linken Rallis und zeigt an, daß die Neuwahlen eines wahrhaft antizonalistischen Feldzuges blühen werden.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 16. März.

Aus der Bürgerschaft.

Landtagspreis. — Badeangelegenheit. — Schulfragen. — Bauhärde.

Der Sitzung am Montag lag eine lange Tagesordnung vor. 26 Anträge standen bereits zur Beratung und auf Vorschlag des Wortführers, Genossen Ehlers, wurden noch zwei weitere hinzugenommen. Trotzdem die Verhandlungen im allgemeinen flott vonstatten gingen, war die Tagesordnung um 10 Uhr, als die Berichterstatter den Saal verließen, nicht erledigt. Es wurde erst der 24. Antrag verhandelt. Im Gegensatz zur letzten Sitzung wurden die meisten Vorlagen, auch solche, die erhebliche Mittel voraussetzen, glatt, ohne Ausschubberatung, erledigt. Zu längeren Debatten kam es hauptsächlich bei der Beratung über die Verbesserung der Badeeinrichtungen in Travemünde; Beschaffung von Baumaterialien und Errichtung der Fortbildungsschule für Matrosen. Genosse Hagelstein betonte u. a., daß die Landwirte ihre Wege mit eigenen Mitteln herstellen könnten. Außerdem verlangte er, wie auch Genosse Wolfradt, die schleunige Erledigung der Landgemeindeordnung. Auch der hohe Bachtelpreis für Kartoffelland wurde von beiden Rednern kritisiert. Diese Ausführungen riefen die beiden Deutschen Nationalen Henn und Dr. Wittern auf den Plan. Ersterer bestritt die hohen Einnahmen der Landwirte und letzterer verfuhr die Schuld an der Verschleppung der Gemeindeordnung von sich abzuwälzen. Genosse Lüttnermann trat warm für die Freibadgestaltung in Travemünde ein und forderte auch Verbesserungen für die hiesigen Badeanstalten. Der Demokrat Prof. Steffens setzte sich ebenfalls für die Verbesserungen der hiesigen Badeanstalten ein da die Volksgefundenheit und Volkskraft gehoben werden müssen. Ambrösius (Dem.) griff in seinem Ausschusserichter die Bauhärde wegen des Aufsangs von Baumaterialien an. Da inzwischen die Preise gefallen sind und große Verluste befürchtet werden, so hagelte es von fast allen Seiten stark auf das Baumaterialherab. Genosse Ab. Kleinfeld übte ebenfalls Kritik an der Verhalten der Bauhärde bei Vergabe von Arbeiten. Senator Everts und Baubedirektor Walter kamen bei ihrer Befriedigung der Bauhärde in arger Bedrängnis. Der Vorwurf rückte sich besonders dagegen, daß man keine geeigneten Sachverständigen zu Rate gezogen hat und ohne Genehmigung der Bauhärde erhebliche Mittel verausgabte. Genosse Wolfradt brachte eine Lanz für die Siedler, während dagegen der Demokrat Dr. Neumark die ganze Siedlungspolitik verwarf. Genosse Schermer setzte sich besonders für die Landes- und Seehandelskammern ein und erkundigte sich über die Frage der Schaffung von Elternkassen. Genosse Karsch in Verbindung mit Rednern höheren der Gemeinde- und Handelskammer auch die Gewerkschaften im Schäfungsamt vertreten sind. Die Gewerkschaften und Puls stritten für die Beamten und Gerichtsmeier brachte verschiedene Wünsche der Moislinger vor. Die Verhandlungen wurden nach 10 Uhr noch fortgesetzt.

Achtung, Gemeinschaftsvorstände! Wir ersuchen nochmals um sofortige Übermittlung der ausgefüllten Fragebögen, die für die Gewerkschaften gesandt wurden. Falls bis zum 16. ds. Ms. diese Berichte nicht in unseren Händen sind, seien wir uns gewissen, ohne diese Berichte dem Bundesvorstand in Berlin unterliegen zu übermitteln.

Der Vorstand des Ortsausschusses.

Die Eierpreise sind in letzter Zeit erfreulicherweise etwas zurückgegangen. Zahlte man vor etlichen Wochen noch zwei Mark und mehr für das Ei, so kostet man heute das Stück für 1.35 Pf. erheblich. In der Markthalle konnte man am Sonnabend schon für 1.20 Pf. Eier kaufen. Der Preis ist aber immer noch zu hoch und muß noch weiter sinken, wenn das Ei wieder wie früher ein Volksnahrungsmittel werden soll. Die Preise sinken überall und es besteht auch begründete Aussicht, daß sie weiter sinken, denn das Angebot ist zurzeit auf dem Lande größer als die Nachfrage. Angst und Schrecken aber ergreift die Landwirte, wenn ein Händler erklärt, daß die Eierpreise demnächst noch mehr fallen werden so daß die Eier in Kürze für 1 Pf. und weniger zu haben sein würden. Mancher hat sich so an die Ausdeutung seiner Mitmenschen gewöhnt, daß er mit Gruseln der kommenden Seiten gedient. Viele Bauern wollen aber an einer Preissenkung nicht glauben und so erklären vor einigen Tagen eine Blauerin auf dem Wochenmarkt in einer Stadt Mecklenburgs einem Herrn: "Kehering, alswen's mi dat man, bei Eier mose' nich billiger sein' sei, ic hem siefundortig Häuhner, um sei leggen nich ordentlich. Un wat min Mann is, dei versteht si up de Stiers, un dor heti hei man ut sehn, dat bei Eier n' billiger war'n, wiel bei Häuhner in dit Jahr nich rech leggen will'n. Neue' ne acute Lust fall' wi dit Jahr behben." — Hoffentlich erhalten wir beides: 'n gaare Lust un billige Eier.

Berthold ist am 9. März in der hiesigen Privatklinik in der Moltkestraße Schwester Gabriele v. Lüttgen. Sie war früher 7 Jahre hindurch am Kinderhospiz und in der Gemeindepflege tätig und hat besonders gern den Armen und Aermsten reiche Viebstätigkeit erwiesen.

Verbindlichkeitserklärung eines Tarifnachtrages. Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns geschrieben: Da in Ergänzung des Industriertarifvertrages am 1. November abgeschlossene Tarifvertrag wird im gleichen Umfang wie der Tarifvertrag vom 1. März 1920 gemäß § 2 der Verordnung vom 22. Dezember 1918 für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1920.

Schwörericht. Am Montag hatten sich der Richter Menzel und der Rechtsanwalt wegen penitentialem Entwurfung von Sachen unter Bedrohung der Eigentümer zu verantworten. Sie hatten als Soldaten bei einem Freikorpsgefecht gemeinsam mit 4 Kameraden in einem Dorfe verwüstet geplündert. Beide wollten die Tat unter dem Einfluß eines Unteroffiziers verübt haben. Als sie ihre strafbare Handlung erkannt haben, haben sie sofort die Sachen zurückgegeben. Sie haben zwar diese Tat begangen, um Militär in Untersuchungshaft zu bringen. Das Gericht erkannte, daß die Geschworenen die Haftbefehle gegen sie nicht aufgestellt und gegen sie aufgestellt haben. Die Untersuchungshaft wurde voll angerechnet, so daß sie noch 1 Monat zu verbüßen hat.

Staatskasse. Es soll versucht werden, für die Roten Kreuz-Gärtner eine größere Menge Staatskasse zu beziehen. Der Betrag ist bei der Geschäftsstelle, Pariserstr. 1, Zimmer 6, abzugeben und 9 Uhr vorm. anzukommen.

Der Reichsbund der Kriegbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Lübeck und der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe Lübeck haben alle Kriegbeschädigten und Verlustkunstverletzten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen und die interessierte Öffentlichkeit zu einer öffentlichen Versammlung am Mittwoch, dem 16. März 1921 abends 7½ Uhr ein. Da in dieser Versammlung das Arbeitsrecht der Schwerbeschädigten behandelt werden soll, werden insbesondere auch die Mitglieder der Betriebsräte, die Funktionäre der Gewerkschaften und die Obrente der Schwerbeschädigten in den Betrieben eingesetzt.

Arbeitsbaugenossenschaft. Die Bilanz liegt für die Genossen im Büro, Mengstraße 28, von 8—1 Uhr morgens und 2—6 Uhr nachmittags zur Einsicht aus.

Der heutige Volkskommersabend verdient noch einmal der besonderen Erwähnung. Die wochenlangen Vorproben dazu verlangten einen genügend Abend. Gel. Friedhoff singt einige schöne Lieder und Herr Kapellmeister Schmitt wird den Klavierpartie übernehmen. Kammermusik wird hier leider noch nicht genügend gewürdigt. Möge auch hier der Besuch recht rege werden.

Die Zentrale für private Fürsorge, Abt. Mittagstische, teilt mit, daß mit Rücksicht auf die ungeteilte Arbeitszeit von 14—4 Uhr Essen verabfolgt wird, jedoch nur für Abonnenten.

Nebe anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem Gesundheitsamt im Monat Februar d. J. 44 Meldungen erstattet. Es waren 22 Fälle Diphtherie, 13 Masern, 1 Ruhr und 3 Wochenbettfieber (1 gestorben).

Stadttheater. Dienstag Wiederholung von "Pygmalion", Mittwoch: "Der Waffenschmied", Donnerstag: "Don Carlos", als Gast Fr. Horowitz (Ehori) für Frau Wenk. Freitag: "Pygmalion". In den Kammerspielen: Mittwoch "Flamme", Freitag: "Am Testisch".

Nisse. Der Sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabend abend seine erste Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Gen. Wolfradt-Lübeck hielt einen Vortrag über "Die Landgemeinde-Ordnung". In der Ansprache wurde lebhaft debattiert, doch die neue Landgemeinde-Ordnung immer noch im Schoße der Kommission steckt. Gen. Otto machte unserer Bürgerparteifaktion den Vorwurf, daß sie viel zuviel Rücksicht auf die bürgerlichen Bürgerschaftsvertreter nimmt. Ganz besonders wurde das Verhalten von Dr. Wittern verurteilt, der die Verhandlungen so lange hintertrieben hat. Ferner wurde noch kritisiert, daß der Oberförster Röhrling mehrere Landarbeiter entlassen hat, weil kein Geld mehr vorhanden ist. Die übrigen Landarbeiter sollen in Altkord arbeiten. Beschlossen wurde weiter, die Mitgliederversammlungen jeden zweiten Mittwoch im Monat abzuhalten. Aufgenommen wurden vier neue Mitglieder.

Kurau. Der sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabend nachmittag eine Mitgliederversammlung ab. Gen. Wolfradt hielt einen Vortrag über die "Landgemeinde-Ordnung". In der Ansprache wurde kraftig kritisiert, daß die Bauern den Arbeitern kein Kartoffelland verpachten wollen. Gen. Wolfradt versprach, dafür einzutreten zu wollen, daß die Arbeiter doch noch Kartoffelland bekommen. In den Vorträgen gewählt die Genossen Joh. Busch, Vorsitzender; Heinr. Dahl, Kassierer; Lehrer Steenbock, Schriftführer; Aug. Köhn und M. Flint, Revisor. Aufgenommen wurden drei neue Mitglieder.

Angrenzende Gebiete.

Mölln. Kommunistische Zunft. Im Mölln i. Lbh. besteht eine Ortsgruppe der U. S. P. Dem Vorsitzenden der Zunft war es gelungen, die Spaltung innerhalb dieser Ortsgruppe zu verhindern. Besonders hörte die B. A. B. D. versucht, den Spalt in diese Organisation hineinzutragen, doch vergebens. Anfangs März konnte man ein Interat in der Möllner Zeitung lesen, welches sämtliche Genossen der U. S. P. und der R. A. D. zu einer Versammlung einluden. Der Vorsitzender U. S. P. in Mölln war sehr erstaunt darüber, denn ihm war von allem nichts bekannt. Durch das Interat erreicht worden, daß der Fleischmarkt natürlich ein sehr geringer. Doch interessant war diese Versammlung dennoch. Kaum war man in die Zaufsitzung eingetreten, so lief ein Antrag ein, welcher die sofortige Absetzung des 1. Vorsitzenden der U. S. P. verlangte mit der Begründung, derselbe habe während der Wahlbewegung nur immer in der schärfsten Weise die Kommunisten angegriffen. Der 1. Vorsitzende aber trat feindselig zurück. Der nunmehrige Vorsitzende ist ein ehemaliger Unteroffizier der Reichswehr, der durch politisch tätig gewesen ist, doch er in gegenwärtigen Versammlungen Zwischenrufe machte. Göffnet wurde die Versammlung von dem kommunistischen Redner selbst, da es die U. S. P. ablehnte. Es folgte dann der überschwengliche Phrasenschwall von den paradesischen Zuständen in Russland und die Aufforderung, die Ortsgruppe Mölln sollte sich doch auch der allein verstreitenden 3. Internationale anschließen. Nach ungefähr 1½ stündiger Rede paßte erfolgte die Diskussion. Der neue Vorsitzende der U. S. P. riet dem Redner ganz unflangtig Fragen, um nachher die Zuhörer mit dem Vorlesen eines Zeitungsartikels zu ermüden. Dann zielte sich der zurückgetretene Vorsitzende zum Wort und gelobte die ganze kommunistische Zunft. Seine Ausschüsse fanden von allgemein bewilligt. Unverrichteter Sache mußte der Kommunist Mölln wieder verlassen. Nur einen Anhänger scheint er gefunden zu haben. Es war dasselbe Genosse er U. S. P., welcher am Abend vorher den Antrag auf Absetzung des 1. Vorsitzenden stellte. Reite U. S. P.-Genossen! Einigen Genossen mit polnischen und wirtschaftlichen Kenntissen sagt man davon und einen Genossen, der noch ein politischer Kinderspiß ist, sagt man an seine Stelle. Wir gratulieren der U. S. P!

Gutin. Im Stadtparlament stimmte man in der letzten Sitzung der Übertragung von Baugelände am Brauertweg an die gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft von Gutin und Um gegen unter den hierfür geltenden Bedingungen zu. Zugestimmt wurde jedoch dem Magistratsvorschlag, zur Entlastung der Goslar und Kappelreite für Kleintenner (einschl. der Invaliden- und Altersrentner) bis zu einem Jahresentommen von 4000 Pf. die Summe von vorläufig monatlich 2000 Pf. zu bewilligen. — An die Vorstände der hierbei in Frage kommenden politischen Parteien soll das Ergebnis gerichtet werden, die im Wahlkampf als Anschlagsäulen benutzten elektrischen Betonmauern wieder reinigen zu lassen. — Bei Bezahlung der Erwerbslosenunterstützung soll bei Familienväter die Rentzeit auf 3 Tage herabgesetzt werden, bei den Unverheirateten bleibt es bei der bisherigen Stützigen. — Auch in diesem Jahre ist der Magistrat erfreulicherweise mit Erfolg bemüht gewesen, Kartoffelland zwecks Verpachtung zu erlangen. — Der Antrag eines Stadtverordneten von Gemeinderatsmitgliedern infolge der erhöhten Gebäudesteuern eine weitere Mieteisteigerung für angemietet zu erläutern, wurde nicht stattgegeben, da der Gemeinderat, der von Hausbesitzern und Mietern gewählt worden ist, sich nicht für berechtigt halten kann, zu Gunsten eines Standes Partei zu ergreifen.

Hamburg. Nachdem das Geschäftsfoto ihres Mannes Bernhard Krämer, vertrat, fand sie den Chinesen erstmals und blutbeschmiert zwischen Lübeck und Görlitz auf dem Fußboden liegen. Der Todte ist anscheinend ein heftiger Kampf vorangegangen. Der Leichnam ist abgerissen, die Leiche wies außerdem mehrere Schläge und Strichwunden und drei Schußverletzungen in der Herzgegend auf. Nach Angaben der Frau fehlten eine braune Brieftasche mit 11.000 Mark, ein dopples Portemonnaie mit Inhalt, ein Schlüsselkasten und eine Brillenfassung. Reben der Frau sind man über durchwandernde Legende. Beigefügt zu 60 Pf. und 1 Mark, auch einhundert Marknoten und zwei Optusnoten.

Einige Chinesen wurden festgenommen, mußten aber, weil der Verdacht gegen sie nicht begründet war, wieder freigelassen werden.

Hamburg. Nachrichten. Lotterie. Wie in anderen Städten hat sich nunmehr auch die Hamburger Straßenbahn zur Einführung der Führscheinlotterie entschlossen. Alle mit Nettamed aufdruck versehenen Fahrkarten erhalten die Eigenschaft eines Teilloses. Die Auslösung findet nach Ausgabe von je 50 Millionen Fahrkarten unter behördlicher Aufsicht statt, mit je einem Haupttreffer von 20.000 Pf. und zahlreichen kleineren Gewinnen.

Preis. Beendet er Streit. Der Streit der Fischer ist nach schwörmiger Dauer beendet. Durch Schiedspruch ist den Gestellen eine Lohnzähligung von 40 Pf. für Stunde zugesprochen worden. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Die Wahl in Mecklenburg.

Schwerin, 15. März. Bis Montag abend waren vom Statistischen Amt folgende Stimmen erzielt: Deutschnationale: 82 142; Deutsche Volkspartei: 52 376; Dorfbund: 15 082; Mittelstand: 10 181; Demokraten: 12 306; Sozialdemokraten: 1 167 779; Unabhängige: 2374; Kommunisten: 13 961. Es fehlen noch 130 Bezirke. Demokrat sind bisher gewählt: 2 2 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, 3 Demokraten, 2 Mittelstandspartei, 1 Dorfbund, 11 Deutsche Volkspartei und 12 Deutschnationale. Die Unabhängigen gehen leer aus. Die Vergleichslisten von der letzten Wahl vom 18. Juni 1920 stehen uns im Moment leider nicht zur Verfügung. Wie überall bei den Wahlen der letzten Zeit ist in Mecklenburg diesmal auch ein katastrophaler Zusammenbruch der U. S. P. zu verzeichnen. Bei der letzten Wahl erhielt die U. S. P. 24 667 Stimmen. Jetzt ist sie fast auf den zehnten Platz zusammengeschmolzen. Auch wenn man die kommunistischen Stimmen mit hinzählt, wird wohl wenig mehr als die Hälfte der früheren U. S. P. Stimmen herauskommen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei dürften sich gegen die vorige Wahl behauptet haben. Die Demokraten sind ähnlich wie die U. S. P. zusammengebrochen. Für unsere Partei ist das Ergebnis in der Stadt Rostock glänzend, wir haben gegenüber der letzten Wahl 1500 Stimmen gewonnen.

Schwerin. Ausweisung zweier "Hubertus"-Häuflinge. Die schwedischen Staatsangehörigen Hauptmann Löwenmark und Leutnant Löwenmark sind aus dem Gebiet des Freistaates Mecklenburg-Schwerin ausgewiesen worden, weil sie sich als Ausländer durch ihre Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft "Hubertus", deren Auflösung gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes verfügt worden ist, lästig gemacht haben. — "Hubertus" betrieb angeblich die Arbeitsvermittlung auf dem Lande und stand in enger Verbindung mit der Orgel.

Schwerin. Beirat für die Strafvollzug in den Gefangenissen. Um der Bevölkerung einen Einblick in die Strafvollstreckung zu gewähren, soll auf Veranlassung des Justizministers an den drei land- und amtsgerichtlichen Gefangenissen in Schwerin, Güstrow und Rostock ehrenamtlich ein Beirat tätig werden. Der selbe soll durch die Stadtverordneten-Versammlung und zwar zunächst aus dem Kreis solcher Personen gewählt werden, bei denen nach ihrer beruflichen, ehrenamtlichen oder sonstigen Tätigkeit teilnehmendes Verständnis für den Strafvollzug und die Gefangenfürsorge vorausgesetzt werden kann.

Güstrow. Einmaliger Morversuch am eigenen Kinde. Vor dem Schwurgericht in Güstrow hatte sich am Montag die Arbeitersfrau Knebel wegen Mordversuchs zu verantworten. Die Angeklagte hat nach ihren eigenen Angaben fünfmal versucht, ihr im Mai v. J. geborene Kind zu töten. Sie gab zuerst dem Kinde *Teeküß* voll Klesfatz, vermischt mit Milch und Zucker, ein, das Kind bekam Durchfall. Nach einigen Tagen fand sie im Schrank eine Blechbüchse mit der Aufschrift: "Für Menschen und Tiere sehr giftig," in welcher sich Phosphorbrei zur Ratzenvergiftung befand. Sie gab dem Kinde davon in Milch und Zucker, das Kind starb und hatte heftigen Stuhlgang. Einige später stieß sie das Kind in der Annahme, daß es einen Schlag bekommen würde, in kaltes Wasser. Es bekam aber keinen Schlag. Dann beschloß sie, das Kind zu ersticken, legte ihm ein doppelt gefaltetes Flanellstück über das Gesicht. Einige Zeit darauf gab sie dem Kinde in einem Teekübel etwas Zucker mit etwas Phosphorbrei in den Mund und ließ es hinterher einen Schluck Milch trinken. Am 1. September wurde die Angeklagte verhaftet. In der Verhandlung war sie gefährlich. Die Geschworenen bekannten die Schuldfrage nach einer fortgesetzten Handlung. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagte wegen versuchten Mordes auf 4 Jahre Buchthal und 5 Jahre Ehrverlust.

Bremen. Der Nordseeclub ist des Norddeutschen Lloyd soll im kommenden Sommer wieder in erweitertem Umfang betrieben werden. Der Norddeutsche Club verabschiedete vorher seine Fahrten über See von Bremerhaven und Wilhelmshaven nach Banderooz auch in diesem Jahre Mitte Juni wieder aufzunehmen und bis September durchzuführen.

Oldenburg. Landtag. In der Einzelberatung der Gemeindeordnung wird die dreijährige Wahlperiode für die Ortsvorsteher angenommen. Der Antrag, daß gegen die Genehmigung sowie gegen die Versetzung der Genehmigung der Ortsvorsteher, sowie gegen die Klage beim Oberverwaltungsgericht zulässig sei, wird angenommen. Der Antrag auf Wahlpflicht wird in namenlicher Abstimmung mit 17 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmenden der Volkspartei enthalten sich der Stimme. Die Regierungsvorlage auf Annahme der Wahlpflicht wird auch abgelehnt. Die Entscheidung über die Wahlpflicht wird also erst in der 2. Lektion fallen. Bezuglich der Ansiedlungszeitdauer (die Regierung schlägt ein Jahr vor, die Minderheit will dieses Jahr strecken, während ein Verbesserungsantrag Behrens (Soz.) ein halbes Jahr verlängert) wird der Antrag Behrens in persönlicher Abstimmung mit 22 gegen 17 Stimmen angenommen. Das positive Gemeindebürgerrecht tritt mit der Vollendung des 25. Jahres ein. Die Beratung der Gemeindeordnung geht am nächsten Tage weiter. Die Beratung der Gemeindeordnung dauert mehrere Tage. Die weiteren Anträge werden teils angenommen, teils abgelehnt, womit die erste Lektion schließt. — Ministerpräsident Lanzen hält es für wünschenswert, daß das Gebez noch vor Ostern verabschiedet wird, damit abzuhelfen die Gemeinderatswahlen stattfinden können. Die Wahlordnung sei fertiggestellt. Die Abge. Schömer und Hug sind der Meinung, daß eine sorgfältige Prüfung der Anträge zur Lektion unabdingbar sei. — Die Abstimmung des Schulgeleites für die Landesteile Birkensfeld und Lübeck wird in zweiter Lektion zugestimmt.

Großraum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Schulentlassung und Freiendecker.

Wie in vielen anderen Städten, besteht auch hier in Bremen die Absicht, am Palmsonntag für die Kinder, deren Eltern mit der Kirche gebrochen haben und nicht in der Kirche konfirmiert werden, eine würdige Schulentlassungsfeier zu veranstalten. An Stelle der kirchlichen Zeremonien sollen an dem Tage ernste Ansprachen und Musik dargeboten werden. Eine Anzahl Eltern will eine solche Feier auch in Lübeck abhalten und laden Gleichgesinnte zu einer Werbegespräch am Mittwoch, dem 16. März, abends 6 Uhr in das Gew

Prima isländische
Riesen-Salzhering
pr. Stück 1.— Mk.
Paul Lohrmann,
Hundestr. 95. (1492)

Metalle !!!

Zahlen für alle Metalle
Eisen, Lümpen, Anoden, Bleie
die höchsten Preise am Markt
Erdmann & Scheuermann
Glockengießerei, 81.

Achtung!

Deutscher
Bauarbeiter-Verband

Mittwoch, den 16. März
abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus

Johannisstr. 80/82.

- Tagesordnung:**
1. Bericht von der Lohnamtssitzung in Neu-Münster u. unsere weitere Stellungnahme.
 2. Bericht v. Ortsausschuss.
 3. Verschiedenes.
- Aahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.
14920 Der Vorstand.



Friedrich
Franz-
Halle.

Am Sonnabend, 19. Mär-

Großer Maskenball

Herrenkarte 4 Mr.
Damenkarte 3 Mr.
An der Kasse 1 Mr. Aufschlag
Karten sind im Lokale zu
haben. (14921)



14925

Cledermann
8.30 Uhr:
Original
Allhoff Quartett.

Hansa-Theater
Heute (Ab. Serie I) 7 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch:
Das Gesindl's.
Sensationschauspiel
in 7 Bildern.

Mittwoch 7½ Uhr:
(Ab. Serie I) (14926)

Die Faschingsfee.

Donnerstag 7½ Uhr:
Fräulein Puck

Stadttheater Lübeck.

Dienstag, Vorst. A u. 15.
Vorst. i. Schausp.-Abonn.
Pygmalion. 7.30. (14927)
Mittwoch, Vorst. B u. 15.
Vorst. i. Opern-Abonnement:
Der Waffenschmied. 7.30.
Donnerstag, Vorst. B u. 15.
Vorst. i. Schausp.-Abonn.
Don Carlos. 7 Uhr.
Freitag, Vorst. C und 16.
Vorst. i. Schausp.-Abonn.
Pygmalion. 7.30.

Kammerspiele

(Fünfzehn) Mittwoch, Flamma. 7.30.
Freitag, Ein Feuerich. 7.30.

Dienstag 15.
Mittwoch 16.
Donnerstag 17.
Freitag 18.
Sonnabend 19.

außergewöhnlich billig

Vorzellan

Tassen weiß, mit Untertasse	1.95	1.45
Tassen mit Untertassen, Goldr., Dekor	5.75	
Tassen weiß, groß, mit Untertassen	4.75	
Teetassen dünn, Dekor, China, blau	10.75	
Zuckerdosen weiß, mit Deckel	9.50	
Milchköpfe weiß	4.95	3.95
Salatieren weiß, eifig	4.95	3.95
Saucieren weiß	5.75	
Teller 19 cm, Rosendekor	3.85	
Snitterdosen Dekor „Streublumen“	14.75	

Holzwaren

Wäschekammern	60 Stück	2.45
Löffelgarnitur 11teilig, Thorn		39.50
Leitern in allen Größen	Stufe	3.75
Wandspiegel	95 s	75 s
Quirle	75 s	60 s
Messerpuhbänke	6.75	5.75
Eierbänke für 12 und 24 Eier	4.95	3.95
Waschbretter		3.75
Damen-Rockbügel matt	6.50	
Eier-Uhren	50 s	25 s

Haushaltwaren

Klebeförze Aluminium m. Deckel,		
zum Dual. Sack 6 Stück, 16–26 cm	297.50	
Wasserkessel Aluminium,		
Ia. Qualität	78.50	68.50
Schöpf- u. Schaumöffel Aluminium	7.95	
Eßlöffel u. Gabeln Aluminium	1.25	

Steingut

Speiseteller tief und flach	1.95
Waschbecken einzeln, bunt, sortiert	19.75
Wasserkrüge einzeln, bunt, sortiert	19.75
Nachtgeschirre bunt und weiß	11.75
Deckel	9.75
Vorratskönnen dekoriert	4.95
Gewürztönenchen dekoriert	1.75
Salatschüsseln groß, bunt u. weiß	6.75
4.95	
Salz- u. Mehlmühlen	8.75
Blumenkübel Majolika	9.75
Brotplatten weiß	2.95

Glaswaren

Kompotteller Steinschliff-Imit.	90 s
Zuckerschalen Brezglas-muster	75 s
Kompottschalen Oliven geprägt	95 s
Likörgläser Brezglas-muster	1.75
Salzstreuer mit Schraubdeckel	95 s, 45 s
Salatschalen eifig	5.95
4.95	2.95
Rahmservice 8 teilig	7.85
Weingläser glatt	3.95
Bierbecher	1.75
Teebecher mit versch. Rant.	2.45
glatte 1.95	

Bürsten und Putzmittel

Ia. Kernseife Doppelfild	3.65
Scheuerbürsten	45 s
35 s	25 s
Schrubber	75 s
Klosettbüsten	1.75
1.25	95 s
Marktnehe	95 s
Kleiderbüsten	1.95
Kokosbesen	5.25
Schrubber Friedensware	3.75
Schuhkreme	95 s
Dose	95 s
Topfreiniger Metall	95 s

Haushaltwaren

Kaffeekessel Aluminium	75 s
Vorleger verziert und glatt	2.75
7.95	
Wand-Kaffeemühle Ia. Mahlwert	49.50
Gebäckfassen bunt	2.95
1.75	
Gasschläuche	2.25
1.75	
Küchenmesser Solinger Ware	1.25
75 s	

Schneeschläger verzinkt	1.45	1.35
Kartoffelpstampfer verz.	m. Holzgriff	95 s
Brotkasten groß, runderd. Form	53.75	48.75
Kaffe- u. Zuckerbüchsen fl. lackiert	9.75	
Eimer 28 cm, emailliert,		
grau, neublaue u. braun	23.75	17.85

Kunststoff

Zuckerverarbeitung Lübeck.

Zum Mittwoch, dem 16. März, findet in der Markthalle und in den Ladengeschäften Verkauf von frischem Brot zu bedeutend herabgesetzten Preisen statt.

Überster Zulieferaufschluss.

Hühnerzucht

Sagen Sie mir einen Statthalter zu! (14908)
Beide Antwortung und Prämienwert ändert Ihnen nichts in allen Zeiten schützender elektrischer Brot-Apparat. Sodann Sie lösen kostlos Preisscheine.

Maschinenfabrik Schuh, Niederkrusig 2.

Luisenlust

Morgen: Tanz.

Damen Eintritt frei. (14947)

sonntags: Gr. Ball.

Für den Konfirmationstisch

empfohlen garantiert

Reinübersee - Zigaretten

zu 60 Pf. 80 Pf. u. 100 Pf.

Gleichzeitig bringe meinen vorzüglichsten und vielversprechenden Schwarzen Kreuzen und A. Tobeck (gefertigt) in empfehlende Erinnerung.

Heinrich Vick. (14948)

Zigarettenfabrik.

Wertmarken 70.

Waisenhof

Sonntagab. 19. d. M.

14910

Große Volksmaskerade

mit Preisverteilung.

Kolosseum

Ball

Jeden Mittwoch

und Sonnabend

Abend 6 Uhr.

Historisch Olds.

14910

Kammerstücke

(Künftigwährend)

Mittwoch, Flamma. 7.30.

Freitag, Ein

Lübeder Bürgerschaft.

s. Lübed. 14. März.

Beginn 8.25 Uhr. Wortführer G. Ehlers.

Der Wortführer gab bekannt, dass mehrere Eingaben eingegangen sind, darunter eine vom Lübeder Lehrerverein betreffs Fortbildungsschule und Haushaltungsschule für Mädchen. Diese Eingabe soll zusammen mit Antrag 21 verhandelt werden, während alle übrigen Eingaben an einen Ausschuss verwiesen werden. — Der Senatskommissar erklärte, dass der Senat den in der vorigen Versammlung angenommenen Protest gegen die Ablieferung der Mischluft an die Entente an ausständiger Stelle weitergegeben habe.

Antrag 1: Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1921. — Pape (fraktionslos) wünschte die baldige Vorlegung der Abrechnung der Kartoffelstelle und tritt für den völligen freien Kartoffelhandel ein. — Der ständige Senatskommissar erwiderte, dass die Arbeiten beschleunigt und den Bürgerschaftsmitgliedern bald Gelegenheit zur Einsicht in die Abrechnung gegeben würde. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Antrag 2: Nachbewilligung an die Finanzbehörde. — Wird angenommen.

Antrag 3: Bahnhofszuschuss an die lübedischen Enslaven im Landesbürgschaftlichen. — Wird mit dem Antrag des Ausschusses, der die Höchstgrenze der Kosten festgesetzt wissen will, angenommen.

Antrag 4: Beihilfe an den Verein für Ferienkolonien. — Wird angenommen.

Antrag 5: Verstärkung der Mittel der Strafanstalt Lauenhof. — Wird angenommen.

Antrag 6: Gewährung einer Beihilfe an die Wegegemeinde Steckrabe. — Haeistein (Soz.) betont, wenn früher Beihilfen gewährt wurden, sei das zu verstehen. In der heutigen Zeit aber, wo die Landleute durchweg große Gewinne eingestellt hätten, könnten sie die Kosten selbst aufbringen. Redner beantragt, die Vorlage zur Prüfung dem Haushaltsausschuss zu überweisen. Weiter fordert Redner, dass die Gemeindeordnung bald verabschiedet werde. Dr. Wittern als Vorsitzender dieser Kommission hätte die Verhandlungen verschleppt. Dem Stadt- und Landamt sei die Vorlage schon im Dezember zugegangen, die Sache hätte also schon viel weiter sein können. Wie dringend nötig die Regelung dieser Sache sei, zeige ein Beispiel in Nönnau, wo die Landwirte zum billigen Pacht Preis Lant erhalten, während dagegen den Arbeitern weit höhere Preise abgeföhrt worden seien. Die Verabsiedlung der Gemeindeordnung sei dringend nötig. — Rosenquist (Dem.) erläuterte, eindringliche Hundekontrollen seien wegen nicht rechtzeitiger Zahlung der Hundesteuer eine Strafe von 65 Prozent des Steuerbetrages auferlegt, das sei zu viel. — Henk (DN) verteidigt Dr. Wittern gegen die Angriffe wegen der Gemeindeordnung. Die Verjährung liege am Stadt- und Landamt. Zur Vorlage selbst erklärte er, dass ein Kubikmeter Kies für 10 Pf. nicht anzufahren sei. Die Ausgaben würden also weit höher sein, als die Vorlage vorsieht. Im übrigen hätten die Landwirte keine kolossalen Verdienste eingestrichen. (Heiterkeit.) Wo ein höherer Landpachtvorschlag gefordert wurde, sei das Land besser und gut gedingt. — Senator Mehrlein erwidert Rosenquist, dass derjenige, der die Hundesteuer nicht bezahlt hätte, mit der erhöhten Strafe nach dem heutigen Goldmerte helegt worden sei. Seit Jahren sei der Gemeinde eine Beihilfe gewährt worden. Die Wegeverbesserung hängt mit dem Bahnbau zusammen. Die Sache sei bereits eingehend geprüft, dorum bitte er um Bewilligung. — Wolfraadt (Soz.) Der Preis von 4-6 Pf. pro Kufe für Kartoffelland, den die hiesigen Landwirte fordern, sei viel zu hoch. In Kurau fordert man 3 Pf. Wenn man dort die Kufe für 3 Pf. abgibt, kann man das hier auch. Die Landwirtschaftskammer müsse ihren Abschluss revidieren und den Preis herabsetzen. — Haeistein (Soz.) erläutert ebenfalls, dass ein Pachtvorschlag von 3 Pf. für die Kufe genügt und polemisiert dann gegen Henk. Dieser vertrete auch nicht mehr von der Landwirtschaft wie er, da Henk selbst auch nicht in der Landwirtschaft tätig sei. — Henk (DN) betont demgegenüber, er sei von früh bis spät tätig, wenn auch nicht immer in der Landwirtschaft. Gedientes und rutes Land müsse 6 Pf. pro Kufe kosten. — Dr. Wittern (DN) verteidigt sich gegen die Vorwürfe betreffs Verabsiedlung der Landgemeindeordnung. Die Sache sei Ende Mai an eine Kommission verwiesen. In der ersten Kommissionssitzung seien über nur drei Monate, außer ihm zwei Sozialdemokraten, zur Beratung erschienen. Aus gesundheitlichen Gründen hätte er Ferien nehmen müssen und so sei die Verhandlung verzögert worden. Im Dezember sei dann einstimmig beschlossen, die Sache dem Stadt- und Landamt zur weiteren Umfrage zu übergeben.

Sobald dieser Bericht vorliege, könne in der Beratung fortgesfahren werden. Wenn er früher in einer Versammlung gesagt haben sollte, auch die Sozialdemokraten hätten in der Kommission gesagt, so sei das objektiv nicht richtig. Richtig sei aber, dass von allen Parteien einige gesagt hätten. — Der Wortführer bittet, nicht gut zu weit von der Tagesordnung abzuweichen und zur Vorlage zu sprechen. — Wolfraadt (Soz.) bestätigte, dass die Kommission im Mai zusammengetreten sei und die Sozialdemokraten entweder waren. Wenn Dr. Wittern lebt war, so hätte er den Vorfall abgeben sollen. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 7: Verbesserung der Badeeinrichtungen in Travemünde. — Prof. Dr. Steffen (Dem.) äußert Bedenken, ob die Anlage des Lust- und Sonnenbades alle Hoffnungen erfüllen wird. Der Platz sei ungeeignet. Ebenso sei es fraglich, ob eine Vergrößerung von 5 Prozent erzielt werde. Bedauerlich sei aber, dass man die Lübeder Flussbadeanstalten wegen des geringen Defizits von 8000 Pf. im vorherigen Jahre mesthetisch verpachten wolle. Die Einrichtung diene vor allem der Gesundheitspflege und müsse anders behandelt werden. Wenn man für das Theater Mittel übrig habe, müsse man für die Badeanstalten auch Mittel zur Verfügung stellen. Mehr noch als für Travemünde seien die für die Flussbadeanstalten aufgewendeten Gelder verbündeter Natur, da sie der Volkswirtschaft und der Volksgesundheit dienen. Die Handlung der Finanzbehörde sei ihm daher ganz unverständlich. Redner stellt den Antrag: Die Verwaltung der Badeanstalt halten muss zu verhindern und die sportlichen Belstrebungen mehr als bisher zu unterstützen. — Timmermann (Soz.) tritt dafür ein, dass das Freibad am Brückwall nicht verhindert wird. Gerade die Mindersemittler nehmen dort ein Bad, das auch künftig möglich sein. Wenn aber das Eintrittsgeld wesentlich erhöht wird, so wird das Baden aufhören. Bisher konnte man dort ungestört baden und auch ein Lust- und Sonnenbad nehmen. Eigentümlich sei die Bestimmung, dass im Familienbad Herren im vollen Badeanzug erscheinen müssten. Der gesuchte Anzug weisse große Mängel auf, er müsse geändert werden. Wenn auf dem Brückwall das freie Bad nicht gestattet würde, so nehme das Baden in Hohermeile und anderen Orten einen ärgerlichen Umfang an. Brüderlichkeit sei in dieser Frage nicht am Platze. Die Ausführungen von Steffen über die Flussbadeanstalten könne er nur unterstützen, ebenso auch dessen Antrag. Der Eintrittspreis dürfte nicht höher sein, als zur Deckung der Unkosten erforderlich ist. Die Badeverhältnisse für die Bewohner des Holstentors seien traurig, auch dort müsse etwas geschehen. Vielleicht könnte man das Projekt der Flussbadeanstalt verwirklichen. — Klein (Dem.) ist mit der Vergabe von 5 Prozent der Anlagen in Travemünde einverstanden; dagegen müssten aber die Abschreibungen in Höhe von 10 Prozent anstatt 5 Prozent vorgenommen werden. Der Eintrittspreis sei dementsprechend zu erhöhen. — Senator Mehrlein: Nach Ansicht der Behörden wird das Lust- und Sonnenbad größere Einnahmen bringen. Die Besucher fehlten sich noch einem solchen Bad. Es besteht die Ansicht, dass wir im nächsten Jahre mit beiden Anlagen besser abschneiden werden. Zur Frage der Flussbadeanstalten müsse er bemerken, dass drei Freibadeanstalten vorhanden seien. Vieles, was dagegen gesagt wurde, sei sehr übertrieben. Ein allgemeines Freibad auf dem Brückwall sei unmöglich, dagegen würden die Wünsche der Freihabenden wohlbefriedigt werden. — Pape (fraktionslos) wünscht, dass die Holstentorbadanstalt wieder aufgebaut werde. Man müsse nicht nur für Travemünde, sondern auch für Flussbadelegeren schaffen. — Mohr (Dem.) tritt für die Errichtung einer Warmbadeanstalt beim Kühlhaus ein. — Timmermann (Soz.) spricht nochmals für unentbehrliche Badeanlagen am Brückwall. — Hartog (Dem.) betont, die Notwendigkeit, für Travemünde etwas zu schaffen. Im Bataillone war eine Zelle optimale mit drei Personen besetzt. — Schiemann (Dem.) stellt bezüglich der Flussbadeanstalten bessere Verhältnisse in Aussicht, worauf die Vorlage angenommen wird.

Antrag 8: Teuerungsausfall zu den Untersuchungsgebühren beim Schlachthof. — Haeistein (Dem.) stellt die Anfrage, warum Borkhlaebühren auch bei Nichtberufung der Einrichtung erhöht werden würden. — Klein (Dem.) stellt ebenfalls eine Anfrage wegen der Gebühren, die vom Senatsamt dahin beantwortet wird, dass eine Erhöhung notwendig sei. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 9: Gewährung scheinreicher Zinsfreiheit an die israelitische Gemeinde für das ihr zum Synagogenbau gewährte Darlehen. — Frau Dr. Landau (Dem.) befürwortet die Bewilligung. Die israelitische Gemeinde habe bisher wenig Staatszuschuss gefordert, die Armenpflege u. a. aus eigenen Mitteln bestreitet. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 10: Nachbewilligung für das hanseatische Oberlandesgericht. — Wird angenommen.

Antrag 11: Ausbau des Vorwerker Industriegeländes. — Wird angenommen.

Antrag 12: Beschaffung von Baumaterialien. — Ambrisius (Dem.) gibt den Ausschussbericht. Es sei auffällig, dass die Baubehörde für vier Millionen Mark Materialien eingekauft habe, obgleich sie nicht über die nötigen Fachkenntnisse verfüge, derartige Geldsätze abzuwickeln. Die Prüfung der Sache durch den Ausschuss habe zu ernsten Bedenken für solche Einkäufe geführt. Heute sei noch ein Lagerbestand im Wert von über zwei Millionen Mark vorhanden. Da gleich bezahlt wurde, sei der Ausverlust erheblich. Außerdem verliert die Ware durch lange Lagerung an Wert. Die Baubehörde habe allerdings in der Erwartung die Einkäufe vorgenommen, dass sie von der Bürgerschaft den Auftrag zum Bau von Häusern erhielte. Die Waren seien aber zum Teil noch im vorherigen Jahre eingekauft worden, als ein Preisstieg bereits eintrat. Das schlimmste aber sei, dass man nicht einmal das Plenum der Baubehörde befragt und keine geeigneten Sachverständigen vernommen habe. So habe man beim Holzaufkauf einen Tischlermeister aus Kastor als Sachverständigen hinzugezogen. Verluste seien nun leider nicht zu vermeiden. Der Baubehörde seien nur einmal 800 000 Mark bewilligt worden, trotzdem seien weit höhere Einkäufe vorgenommen worden. Man habe auch keine Mittel nachgefordert, sondern weiter eingekauft. Es wären als Staatsmittel im großen Umfang ohne Bezahlung der Bürgerschaft verausgabt worden. Geeignete Sachverständige hätten unbedingt gehört werden und die Waren beim Preisfall verkauft werden müssen. Redner beantragt, das Ergebnis des Ausschusses auf bestmöglichste Bewertung der Bestände und Rechnungsablegung zu zustimmen. — Senator Evers: Beste gute Anregung wird dankbar entgegengenommen. Heute ist es schwer, zu der Sache Stellung zu nehmen, da die Verhältnisse einen völligen Umschwung genommen haben. Die Baubehörde hatte die Aufgabe, für Baumaterialien zu sorgen, da gebaut werden musste und keine Baulöffe zu haben waren. Wir wollten mit den getroffenen Maßnahmen der Allgemeinheit dienen. — Baudirektor Balzer: Der Einkauf geschah unter dem Zwange der Brüderlichkeit und auf Empfehlung von Reichswegen. Es lagen Anträge für den Wohnungsbau in großer Zahl vor. Die Behörden sind auch gefragt worden. (Zuruf: Wer nicht die Bürgerschaft!) Nein, diese nicht. Weil aber die Not groß war, mussten wir für Material sorgen. 5 Millionen waren für den Wohnungsbau bereit gestellt. Die 800 000 Mark betrachteten wir als Betriebskapital. Man war immer bestrebt, sich an die Vorchriften zu halten. — Rosenquist (Dem.) bemängelt die Vergebung der Arbeitsbeschaffung durch das Bayamt. Es scheine, dass man aus den Handwerkern das herausgeholt wolle, was man an anderer Stelle aufsetzt. Einen Möbelstilcher hätte man nicht zum Sachverständigen im Baufach nehmen dürfen. — Senator Evers erwidert, dass er Rosenquist schon wiederholte gesagt habe, man wolle sich nicht an den Handwerkern schadlos halten. Uebrigens seien schon Verhandlungen in der Sache aufgenommen. — Mohr (Dem.) glaubt, dass etwas faul bei der Baubehörde sei. Er bringt dann einige Fälle zur Sprache, worüber er Unterforschung und Aufklärung verlangt. — Baudirektor Balzer betritt, dass die von Mohr angeführten Fälle so liegen, wie dieser sie dargestellt habe. Wenn der Vorredner genaues Material vorlege, würde eine Prüfung erfolgen. Am übrigen seien die Verluste nicht so hoch wie allgemein angenommen würden. — Dr. Neumann (Dem.) meint, die Kommission habe die Sache zu günstig beurteilt. Die Baubehörde hätte keine Spekulation treiben dürfen und geeignete Sachverständige hinzuziehen müssen. Niemals aber hätte man ohne Befragung der Bürgerschaft handeln dürfen. — Rosenquist (Dem.) spricht abermals die Befürchtung aus, dass das Handwerk bluten müsse. — Senator Evers bestreitet das. Die Aufträge würden unter Kostenanschlag nicht vergeben. — Mohr (Dem.) betont abermals, dass er sich auf seine Gewährsmänner verlassen könne und verlangt völlige Aufklärung der von ihm vorgebrachten Fälle. — Adolf Klein (Soz.): Wir haben gegen eine Ausschusserarbeit nichts einzubringen. Den Standpunkt von Dr. Neumann kann ich nicht teilen. Die Art und Weise, wie heute die Arbeit vergeben wird, steht wohl einzig da. Es werden wohl Preise ausgeschrieben, aber es bestehen ganz erhebliche Differenzen. — G. Neimann (DN) verteidigt die Baubehörde und tritt für den Vorschlag der Kommission ein. — Ambrisius (Dem.) betont, nach den von Balzer angeführten Zahlen müsse der Senat seinen Antrag auf 3 Millionen Mark zurückziehen. Nach weiterer kurzer Bemerkung von Mohr (Dem.) und Baudirektor Balzer wird der Antrag des Senats angenommen. Ebenso auch das Ergebnis des Ausschusses: „Die Bürgerschaft erachtet den Senat, die Baubehörde anzuweisen, unter Hinzuziehung von Sachverständigen baldigst über die bestmöglichste Bewertung der Baumaterialienbestände zu beraten sowie die Bürgerschaft demnächst eine genaue Abrechnung über die Bewertung der Baumaterialien, insbesondere der angelauften Hölzer, zu geben.“

Antrag 13: „Oho!“ rief er und schob an seiner Brille, wie um mich näher zu fixieren, „so weit haben wir es noch nicht gebracht. Wir haben es übrigens bei uns weniger mit Gefühlen, als mit Tatsachen zu tun. Und die Tatsache ist: das Mädchen hat bereits eingestanden, um den Diebstahl ihres Kameraden gewusst zu haben.“

„Ich möchte einfach aufgesprungen sein, ich weiß es gegenwärtig nicht.“

„Was erschreckt Sie so sehr?“ meinte er dagegen. „Glauben Sie, es gehört zu den Seltenheiten meiner Praxis, die Schulmädchen in diesem Zimmer aufgestellt zu sehen? Seit nur wenigen Jahren ist dies der fünfte oder sechste Fall, der mich beschäftigt. Aber ich weiß aus den statistischen Tabellen mein Herr, dass auch meine übrigen Kollegen daran keinen Mangel leiden. Was sagten Sie nun?“

„Unmöglich!“ rief ich, ohne zu bedenken, vor wem ich stand.

„Was ist unmöglich? Sehen Sie Zweifel in meine Worte?“

„Es ist unmöglich, dass das Kind um den Diebstahl gewusst haben kann.“

„Werden Sie noch daran festhalten, wenn ich Ihnen nochmals erkläre, das Mädchen hat bereits eingestanden“...

„Sie hat bereits gestanden? Worüber soll ich dann Auskunft erteilen?“

„Mein Anstrich, denn etwas anderes war es nicht, was sich mir auf die Lippen redete, vielleicht auch die wenig ehrliche Weise, in der ich meine Stellung zu ihm in die eines frischgebackenen Verlehrten mache, doch zwischen uns beiden eine Art ehrfurchtlicher Stille eintrat, die lange genug währt, um mir meine Besonnenheit wieder zurückzugeben.“

„Hier auf diesem Flece,“ sagte er mit dem eisernen Tonfälle seiner Stimme, „war es, wo das Mädchen gleich im ersten Verhör eingestanden, sie sei es gewesen, die jenen verbrecherischen Knechten, Ihren Kameraden, zur Tat gereizt habe. Freilich bei dieser Vorstellung ihrer vielen, vielen Jahren geschehen, als sie beide noch Kinder waren. Sie behauptet sogar, von ihm sei der erste Gedanke dazu ausgetragen. Daraus werde ich nun einmal nicht klug.“

„Ein Verbrechen, das Sie als Kind nie plausibel haben will, und das erst jetzt nach Jahren zur Ausführung gelangt! Das ist entweder eine schlaue Ausrede, wie man sie häufig bei Mädchen ihrer Erziehungsnatur findet, oder es lässt sich ein Geheimnis darunter.“

„Sie scheinen meiner Meinung nicht beizustimmen,“ fügte er, indem er vor mir stehen blieb. „Warum sprechen Sie nicht? Was hindert Sie, sich offen und freiwillig auszusprechen? Dazu sind Sie zu berufen worden. Nur die Romantik lässt Sie hübsch aus spielen.“

„Ich werde folgen,“ erwiderte ich darauf, „ich wollte nur aus dem, was ich Ihnen erzählte, dem Herrn Rat meine Überzeugung.“

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperd.

25. Fortsetzung.

Er wiss mir einen Platz neben seinem Pulte an, und auf und ab gehend leitete er die „Auskunft“, zu welcher ich antwortete.

„Sie kennen die Pflicht, wonach jedermann gehalten ist, vor dem Richter, der das Gesetz vertritt, ohne Scheu und Vorbeherrschtheit die von ihm verlangte Auskunft zu geben?“

„Ich verneinte mich stillschweigend.“

„Sie sind Voltzschul Lehrer an der städtischen Schule im zehnten Bezirk?“

„Bis jetzt nur provisorisch.“

„Das ist einerlei. Sie haben unter den Schülerinnen Ihrer Klasse eine, die sich Franziska von Feldheim nennt. Kennen Sie sie genauer?“

„Ich verneinte mich wieder.“

„Was halten Sie von dem Charakter und der Gemütsart dieses Mädchens? Ich mache Ihnen kein Hehl daraus: das Mädchen ist der Diebstahlsteilnahme, zum mindesten des Mitwissens beschuldigt.“

Das war jener Ton, wie ihn eine starke Eisenstange von sich gab, als ihr die Maschine in das innere Leben griff. Er schnitt auch mir durch die Seele.

Der Mann des Gesetzes hielt es offenbar für etwas sehr Leichtes, ihm seine Frage in einem Zuge zu beantworten. All das, was mir seit Monaten über das sonderbare Kind durch den Kopf ging, das sollte ich jetzt unvorbereitet vor seinen Augen ausbreiten, als wäre es ein Stück Ware, das der Kaufmann, wenn es von Kunden begehrt wird, aus irgend einer Schublade hergeholt. Wen wird es daher befremden, wenn ich mit meiner Antwort eine geruhsame Weile zurückhalte?“

„Warum sind Sie denn so besorgt? Im Grunde genommen sind wir ja beide Kollegen! Sie sind auch so eine Art Unterrichtsstücker, ich meine auf didaktischem Gebiete. Ist es nicht so?“

„Ja!“ sagte ich, denn mein Mut war unter dieser Bemerkung bedeutend erhöht. „Es ist ja. Und weil ich so denke, so glaube ich auch meine Lehrerzählung aussprechen zu dürfen.“

„Wie wäre?“

„Dass das Mädchen mit Namen Franziska von Feldheim keine kleine Natur ist.“

Antrag 13: Änderung eines Vertrages mit der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. — Wird angenommen.

Antrag 14: Mittel für Notlandsarbeiten. — Henk (DN.) stellt die Anfrage, ob die Siedlungswiesen in Staatsregie genommen werden sollen; worauf Senator Evers erwidert, dass sie verpachtet werden. — Dr. Neumann (Dem.) rättschlägt die Liebhabersteuerung der bewilligten Summe um mehr als ein Drittel. Es sei unüblich, immer mit Nachbewilligungen zu kommen. — Senator Evers: Man müsse mit den Verhältnissen rechnen und könnte die Arbeiten nicht voreilig abbrechen. — Meier (Soz.) willst, dass in Moisling der Dorfgraben verbessert wird, da gesundheitsschädliche Einflüsse entstehen könnten. Redner willst weiter eine Regelung der Trinkwasserverhältnisse Moislings. Vielleicht könne man noch eine Pumpe mehr errichten. Verbesserung sei aber dringend nötig, daher möge der Senat die Frage baldigst prüfen. — Baudirektor Balziger entgegnet, die Regelung der Trinkwasserfrage sei an den hohen Kosten geschottert. — Henk (DN.) verlangt die Niederverlegung einiger Kanäle bei Schönköthen. — Meier (Soz.) erklärt, der Fußweg zum Mühlensee sei auch im Sommer bei Regenwetter überflutet. Die Mängel müssten beseitigt werden. — Neimpe (Dem.) ist gegen die Niederverlegung der Kanäle. — Henk (DN.) will nur die Kanäle niedergelegt wissen, die der Landwirtschaft schaden. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 15: Bebauungspläne für die Erweiterung des Stadtbereiches. — Wolfraad (Soz.) ist der Ansicht, dass die Siedlungen dem Reichsiedlungsgesetz unterliegen. Das Amtsgericht hat zwar entschieden, dass einige Siedlungen Wohnhäuser sind; es sind aber mindestens Helfmühlen. Zeit verlangt man von den Betreffenden hohe Abgaben, die sie schwer belasten. Eine Nachprüfung dieser Frage muss erfolgen. — Senator Evers: Das Reichsgesetz kennt nur ländliche Siedlungen vor. Als solche werden die entfernt liegenden von 2500 Quadratmeter Größe auch anerkannt. — Wolfraad (Soz.) bleibt bei seiner Behauptung, dass die übrigen auch Siedlungen sind. — Dr. Neumann (Dem.) verteidigt die Siedlungspolitik. Einem solchen Luxus könnten wir uns in der heutigen Zeit nicht erlauben. Es müssten größere Häuser mit mehr Wohnungen gebaut werden. — Senator Evers erwidert, die Frage könne bei einer anderen Gelegenheit geprüft werden. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 16: Siedlung an der Vorstraße. — Wird mit dem Entschluss des Ausschusses auf Verlegung des Geländes angenommen.

Antrag 17: Änderung des Bebauungsplanes für die Stadt St. Gertrud. — Kann (DN.) willst bei den Bauplänen Rücksicht auf die Lage der St. Gertrud-Kirche zu nehmen und bittet, die Verwüstungen im Stadtpark zu unterbinden. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 18: Errichtung von Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere usw. in der Mariäserne. — Wird angenommen.

Antrag 19: Verkauf von Kleinwohnungshäusern. — Wird angenommen.

Antrag 20: Abstellung von Mängeln in Paradenwohnungen. — Wird angenommen.

Antrag 21: Errichtung der allgemeinen Fortbildungsschule für Mädchen. — Umbrosius (Dem.) gibt den Ausführbericht. Es sei auch eine Eingabe von den Lehrerstandards eingegangen, die verlangt, dass neue Lehrstellen mit hiesigen Kräften besetzt werden, damit freie Stellen für sie geschaffen werden. Die Bürgerschaft kann den Senatsvorschlägen größtenteils zustimmen. Beim weiteren Ausbau der Schule müssten aber hiesige Lehrkräfte verändert werden. 7 Lehrstellen genügen, davon könne eine aus Lübeck genommen, die übrigen müssten aber von außerhalb herangezogen werden. Bedauerlich sei, dass man in dieser Frage nicht einheitlich arbeite, sondern von drei Seiten sich die Mittel für die Vorlage bewilligen lasse. Abstimmung sind an einigen Positionen gemacht worden. — Schermeyer (Soz.) erläutert, dass keine Fraktion den Änderungsanträgen zustimmen wird. Lübeck habe im Vergleich zu den anderen Städten verhältnismäßig die meisten Lehrerinnen. Sogar verheiratete Damen erhalten noch Unterricht. Andererseits würden Lehrerstandards, die den Krieg mitgemacht hätten, zurückspringen. Für Kriegsteilnehmer müsste aber in erster Linie gesorgt werden. Es könnten mehr männliche Personen beschäftigt werden, zumal die Damen wegen früher Penitentiar auch nicht billiger würden. Redner stellt die Anfrage, ob die Frage der Elternberufe bereits vor der Oberschulbehörde geprüft sei. — Klein (Dem.) glaubt, der Vorlage die Zustimmung verlagen zu müssen. — Neimpe (Dem.) begründet die Errichtung des Lehrervereins, auf Einladung der Haushaltungsschule in die Fortbildungsschule. — Dr. Bartels (Dem.) tritt warm für die Lehrerinnen ein und will den Haushaltungsunterricht aus der Schule nicht herausnehmen. — Senator Külenkamp ist der Meinung, dass in beiden Schulen der Haushaltungsunterricht aufrecht erhalten werden kann.

betringen, dass in dem Mädchen, welches meine Schülerin ist, ebenfalls eine gemeine Natur nicht vorhanden ist!

"Das mag sein!" rief er dagegen, etwas ungeduldig, wie es mir schien. "Aber damit weiß ich, wie ich bereits erklärt habe, nichts anzufangen. Das ist mir etwas Unqualifiziertes, wie mir Juristen sagen. Es soll dies übrigens kein gegen Sie gerichteter Verdacht sein. Sie leben natürlich solche Dinge jetzt im Zusammenhang mit Ihrer Schule, und das gefällt mir an Ihnen. Ich dagegen muß sie leider in einem anderen Lichte sehen. Gibt mich erfüllten Vertragshonorar."

Warum muß er sie in einem anderen Lichte sehen? Warum nicht in meinem? tönte es leise in mir. Aber ich war nur getroffen worden, um eine "Ausfunktion" zu erteilen. Und so blieb ich verschlüsselt, gleichsam festgepannt von dem Item seiner Nähe. Wie lange? Ich weiß es nicht. Über als er wieder zu mir sprach, schien es mir, als lägen Jahrhunderte zwischen jeder der einzelnen Sekunden, und als sei ich währenddessen ein alter, eisgrauer Mann geworden.

Dann erklärte ich auch so sehr, als er wieder anfing.

"Apologos! würden Sie dem Mädchen nicht in meiner Gegenwart zureden, ein offenes Geständnis abzulegen?"

"Natürlich!" lagte er dagegen. "Ich habe sie hier behalten wegen dringender Verdächtigkeitsgründe. Habe ich Ihnen nicht das schon gelagt?"

"Kunststück hier im Gefängnis, allein?"

"Zum die Mutter ist hier, allerdings getrennt von Ihrem Kind! ... Soll ich das Mädchen rufen?"

Er drückte auf den schwarzen Telegrafenknopf an der Wand. Das Mädchen aus Nummer 136! rief er dem fass unmittelbar darauf eintretenden Wachmann zu.

Dortaus militärisch kramme Schritte durch den Korridor; in weiter Ferne ein Schall, als wenn eine eisenbeschlagene Tür ausgezerrt und wieder geschlossen würde, dann ward alles wieder still, bis auf das stete Geräusch von Stimmen und Schritten Kommandeur und Gehöriger, die in diesem düsteren Gang von der ersten bis zu der letzten Unterkunft nicht erschienen.

Nach einer langen Weile, während welcher der Unterhaltungsdienst kein Wort an mich richtete, sondern sich mit einem Altersstil beschäftigte, — der seltsame unheimliche Ton der eisenbeschlagenen Tür, die aufgesperrt und wieder zugesperrt wird, Schlosser, die in ihrem Innern herumdröhren, dann wieder die strammen Schritte durch den langen Korridor . . .

Früher stand dort ans.

Sie hatte dasselbe hingezogen gewürfeltes Kleid an, in welchem sie bis vor wenigen Tagen gekleidet hatte. Auch das Meldeblatt an dem schwarzen Knochen. Nur das Meldeblatt an dem schwarzen Knochen.

Schermeyer (Soz.) betont, dass sogar an Knabenschulen noch Lehrerinnen tätig sind. Der Haushaltungsunterricht sei der teuerste, daher könne derselbe aus der Volksschule herausgenommen werden. — Neimpe (Dem.) erklärt, dass 90 Prozent aller Frauen die Meinung von Dr. Bartels nicht teilen. Er wünscht, dass eine Statistik über Krankheits- und Rentenverhältnisse der Lehrerinnen aufgenommen werde. — Die Vorlage wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen, dergleichen auch das Erwähnen Neimpells betreffs Angliederung an die Fortbildungsschule.

Antrag 22: Gewährung einer Altersunterstützung an den Schulwärter Stapelseldt. — Wird angenommen.

Antrag 23: Errichtung eines Schülerschutzes. — G. Neimpe (DN.) stellt den Antrag auf Ausführberatung. — K. a. b. o. v. m. (Soz.) stellt und begründet den Antrag, dass auch der Ortsausschuss der Gewerkschaften hinzugezogen werde. Neben der Handels- und Gewerbeammlung müssten auch die Gewerkschaften in dem Amte vertreten sein. Redner erachtet ferner, den Ausschuss gleichzeitig die Frage mitberaten zu lassen, dass die Schülerschutz auch für Pachtungen erfolgen könne. — Hau (Soz.) wünscht anstatt des Vorleses Gerichtsstelle, Stadtkasse zu sezen. — Die Vorlage wird mit dem Antrage Kasbohm einer Kommission überwiesen.

Antrag 24: Neufassung von Beamtenstellen u. w. d. a. — Deger (Soz.) stellt den Antrag auf Ausführberatung. — Senator Dr. Hermann widerspricht diesem Antrag. Es sei dringend notwendig, die Stellen zu beschränken. — Frau Dr. Hartmann (Dem.) erachtet eine Verlängerung der Straßenbahngesellschaften. — Senator Dr. Wermuth gibt zu, dass es einen guten Zustand sei, wenn jüngere gegenüber älteren in fester Stellung seien. — Prof. Dr. Steffen (Dem.) glaubt, dass bei einer Ausführberatung nichts herauskommt. — A. Puls (Soz.) verweist besonders auf die technischen Angestellten und Arbeiter und verlangt, wie in anderen Städten, die Schaffung einer Ruhelohnsklasse. Schon früher sei Wohlfahrt eingesetzt, bisher sei aber noch nichts in dieser Sache getan worden. Über 10 Jahre beschäftigte Angestellte und Arbeiter müssten in die Ruhelohnsklasse aufgenommen werden. — Pape (frakt.) hätte lieber gesehen, dass gleich etwas Vollständiges geschaffen wäre. Fest bevorzugt man einige Beamte, was nicht richtig sei. — Deger (Soz.) betont, dass die Unzufriedenheit gerade daher komme, weil man einige herausgreife und in bessere Stellungen bringe, andere aber unbedingt lässt. Schon aus diesem Grunde müsse Ausführberatung stattfinden.

10 Uhr.

Der Blick fällt, im tausend seinen Geräuschen teilt er sich dem Ohr mit. Man arbeitet mit ganzer Kraft, man arbeitet mit Freude und Hingabe. Eine Neuschöpfung geht vor sich. Bissher die brach gelegene Stütze Landes gehen ihrer Bestimmung entgegen: Nahrungsquelle für Stadtmenschen zu werden.

Der Seeschiffahrtsverkehr Lübecks 1920. Der Seeschiffahrtsverkehr Lübecks zeigt im Jahre 1920 gegen 1919 einen erfreulichen Aufschwung. Im Jahre 1920 kamen an 2386 Schiffe mit 426 225 Reg.-T. gegen 2147 Schiffe mit 334 976 Reg.-T. im Vorjahr. Es gingen ab seewärts 2374 Schiffe mit 424 998 Reg.-T. gegen 2183 Schiffe mit 343 285 Reg.-T. im Vorjahr. Gegenüber dem Vorjahr bleibt der Verkehr weit zurück, die Zahl der Reg.-T. etwas kleiner als die Hälfte im Jahre 1919. Der Aufgang ist vor allem zu erklären aus dem Darniederliegen der Holz- und Kohleinfuhr aus dem Auslande, welche vor dem Kriege etwa die Hälfte der erwähnten Gesamtinfuhr Lübecks ausmachte. Gegenüber 1919 ist besonders stark gestiegen der Verkehr in Seeleichtern, nach der Zahl der Schiffe und Raumgehalt ist der Verkehr 1920 dreimal so groß als 1919; einen kleinen Rückgang weist der Verkehr mit Seglern auf. Eine kräftige Entwicklung zeigt der Verkehr in Hochseefischereifahrzeugen, der 1919 noch ganz unbeteiligt war, hingegen 1920 im ausgehenden Verkehr bereits 86 Schiffe mit 898 Reg.-T. umfasste.

Über den Haushaltungsunterricht in der Volksschule steht in einer am Freitag im Turnerheim tagenden gut besuchten Versammlung des Lübecker Lehrervereins Herr O. Riedmann, Lehrer an der Dom-Mädchen-Schule, einen zeitgemäßen Vortrag. Er betonte die Verpflichtung der Schule zur Pflichtnahme auf den Beruf der Jünglinge als Hausfrau und Mutter, soweit dies im Rahmen der allgemeinen Bildung möglich sei. Dies geschieht durch den gesamten Unterricht und besonders durch den Radierarbeitsunterricht, der zur Pflichtreue, Ordnung und Arbeitslust erzieht. Außerdem sollte der naturnahe Unterricht Kenntnisse über Natur und Wissenswertes der menschlichen Körpers und die einfachen Regeln der Gesundheitslehre vermitteln. Weiter ging der Redner auf die Art ein, in welcher Lübeck die Haushaltungsschule eingerichtet habe und nutzte, dass die Kinder für den Kochunterricht während eines ganzen Morgens nun der Schule besucht und Lehrerinnen übergeben würden, die mit dem Kollegium der Schule in gar keinem Zusammenhange ständen. Der neue Lehrplan fordere für den naturkundlichen Unterricht: Menschenkunde und Geschichte. Sollte aber die gleiche Vorherung für den ausserhalb der Schule liegenden Haushaltungsunterricht. Es sei ein Unding, dass dieser Unterricht in verschiedenen Händen liegen müsse und darum jede Einheitlichkeit ausbleibe. Die Versammlung stimmte dem Redner durch folgende Entschließung vollständig zu: „Der Volksschule hat es nur mit der allgemeinen Bildung ihrer Jünglinge zu tun und verweist daher den Haushaltungsunterricht sämtlichen Zweigen der Berufsschule zu.“

wb. Stadthallen-Dichtspielen. August der Starke, der galante König, ein Kulturbild aus dem Barock von Ulrich Hall und Hermann Schelling. Ein Kolossalprunkfilm, der nicht nur des klassischen Aufwandes wegen, wofür man eigens die Pracht der Schlösser von Dresden, Meißen, Moritzburg, Pillnitz, Königsstein und einer ganzen Reihe anderer mit ihren herrlichen Parks und Lustgäerten bewundert hat, schenkwert ist, sondern weil auch die Regie die Massen ebenso in den Rahmen dieser Szenen spannte, wie sie bei den Einzelheiten die Kunst der Darsteller jedesmal fein gegen den Duff und Glanz der Barockzeit abstimmen wußte. Das Auge kann in zahlreichen Bildern von großer Schönheit schwärmen und daneben die Pracht von Gewändern bewundern, die aus einer verlorenen Kultur spukhaft auf die Leinwand gespannt worden. Die diversen Liebschaften des starken Kurfürsten von Sachsen und Königs von Polen ziehen vorüber und das „ancien régime“ wird wieder hervorgezaubert. Ein Paradies, das wirklich existiert hat. Über ein Paradies für die wenigen, denen die absolute Gewalt ein Dromedarsleben ermöglichte, wie es die Geschichte der europäischen Menschheit kaum ein zweites Mal gesehen hat, auch in der Antike nicht. Und August von Sachsen war ein typischer Vertreter des Absolutismus, der prahlte und glänzte, und Unsummen verschwendete, während das Leben der breiten Volksmassen bis in die Höhle hinein, gleichzeitig eine Hölle nur entzender Sorgen und Qualen war. Rudolf Ballack und den kraftvollen Barockmenschen ganz famos, während Eva Speyer als Gräfin von Königsberg aus der Reihe der weltlichen Darsteller besonders hervortrat. Nur die kriegerischen Bilder muten ganz und gar theaterhaft an. Vorher lebt das dreitägige Lustspiel „Professor Nehrbau und der Meisterzinger“ die Lachmuskel in Bewegung. Zu Beginn wurden interessante Aufnahmen der Papierweberei und Bindfadenfabrikation gezeigt.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Schönkampstrasse wohnhafter Händler. Der festgenommene war vorwiegend dabei betroffen worden, als er mit einem Fahrrad in dieser Stadt umherfuhr, welches vor einer Zeit dem Dienst der Stadt- und Landamt gestohlen wurde. Der Festgenommene will das Rad zwar gekauft haben, doch erscheint die Angabe wenig glaubhaft, viel mehr ist anzunehmen, dass er es selber gestohlen hat, denn er stand schon wiederholte in dem drohenden Verdacht, Fahrräder gestohlen zu haben. — Ermittelt und festgenommen wurde ferner ein Stellmacher aus Ruda, der seitens der Staatsanwaltschaft in Altona wegen Einbruchs diebstahls verdeckt verfolgt wurde, und eine Chefarzt aus Ludwigswalde, die in Kampen i. Ob. wo sie als Hausangestellte in Dienst gewesen war, einem Nebenmädchen diverse Kleidungsstücke und ein Portemonnaie mit einem Geldbetrag gestohlen hatte. Das Diebesgut konnte wieder herbeigeschafft und der Geschädigten zurückgegeben werden. — Außerdem wurde der Feinmechaniker Hans Heinrich Frik Langhoff, geb. in Hamburg, festgenommen, der sich hier unter dem Namen Dr. Langhoff, Kapitän bezog. Dr. Langhoff aufgeworfen und sich des Heirats schwärzt gemacht hat. Der mehrfach u. a. mit Zuchthaus vorbestrafte Langhoff hat sich ferner in Güstrow des Beitrages schwärzt gemacht, als er es dort verstand, einem Hotelier, bei dem er Wohnung genommen hatte, einen wertvollen Kelch abzulösen, um diesen zu seinem Vorteil zu verkaufen.

Das Urteil im Autod-Brozess

wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Das Urteil im Autod-Brozess wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Das Urteil im Autod-Brozess wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Das Urteil im Autod-Brozess wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Das Urteil im Autod-Brozess wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Das Urteil im Autod-Brozess wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Das Urteil im Autod-Brozess wurde am Montag nachmittag verhängt. Alle drei Angeklagten wurden wegen einer Reihe gefährlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt und zwar der Angeklagte Walther zu 3 Jahren 6 Monaten, Biskup zu 4 Jahren und der Angeklagte Bresto zu 2 Jahren 6 Monaten. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Üblernde Umstände wurden ihnen vorgeworfen, und zwar wegen der unmenschlichen Roheiten, die sie gegen wehrlose Gefangene begangen haben. Für den Angeklagten Walther wurde außerdem als Grund der Verzagung mildnernden Umstände angeführt, dass er Befehlsgewalt besaß und sowohl verpflichtet gewesen wäre, die anderen Angeklagten von den Misshandlungen zurückzuhalten. Besonders bemerkenswert in der Urteilsbegründung ist die Ablehnung der Anwendung des Amnestiegeges vom 4. August 1920.

Reich und Ausland.

Die Pest in China. Der "Times" wird aus Peking geschickt: Mehr als 2000 Personen sind im vorigen Monat in Peking an der Pest gestorben. Die Epidemie dehnt sich weiter aus und macht sich auch hundert Meilen südlich von Tientsin bemerkbar. So sind in einem Dorfe über hundert Todesfälle vorgetragen. Hunderte von Personen und ganze Familien sind gestorben.

Theater und Musik.

Stadttheater. Die lustigen Weiber von Windorf, Nicolais witzige Oper, die von einem Strom melodischer, stimmungsvoller Musik durchzogen ist, und in der auch etwas von dem Schelpeareischen Human exiliert, welcher in der Handlung seinen Ursprung findet, entzückten am Freitag im Stadttheater ein sehr zahlreiches Publikum. Die ganze Aufführung war von Fröhlichkeit und Laune getragen und wirkte durch ihre Fröhlichkeit und Lebendigkeit. Dafür ist besonders Herrn Direktor von Wengardt als Spielerin zu danken, die auch für hilflosen Bühnenbildern gelangt und sich des Werkes mit sichtlicher Liebe angenommen hatte. Peter Hörliege Jäger als Oberstöppler Hallstatt eine mit vielen seiner Glanzstücke ausgestattete vollständige, humorvolle Figur; auch gesanglich entledigte er sich seiner Aufgabe in glücklicher Weise. Kurz, ein Meister Hans von der besten Art. Die Damen Hentzsch und Molnar waren die lustigen Weiber und hatten scheintümlich selbst Vergnügen daran, es an den. Wenn auch in Technik fehlte. Hentzsch bewies Zierengang vielleicht nicht ganz gerecht zu werden vermochte, so wurde das völlig wohl gemacht durch eine überragende Darstellung. Den eifrigsüchtigen Herrn Klund verlorperierte Herr Visser mit kräftigem Temperament. Das Liebespaar Anna und Hentzsch war bei Klund. Buchholz, die niedlich auslach und sympathisch sang, sowie dem stets zuverlässigen Herrn Papen gut aufgehoben. Der Cäcilia des Herrn Haarmann und der Spärliche des Herrn Häbiger traten als ergänzliche Rollen, der Armg auf und hatten beim Publikum viel mehr Erfolg als bei dem Gegenstand ihrer Wünsche. Den Reich sang Herzog Schön mit redlichem Beimischen. Chor und Orchester fügten ihre Schuldigkeit. Herr Kapellmeister Martin dirigierte das schöne Werk mit Geschick und Temperament. X

Gastspiel Paul Wegener. Als vor wenigen Monaten Paul Wegener, einer unserer bedeutendsten Schauspieler der Zeit, in Sudermanns "Maschinen" gastiert hatte, wurde allgemein das Verlangen laut, ihn schon recht bald in einer neuen Rolle zu sehen. Die Leitung des Hansa-Theaters hat diesem Wunsche Rechnung getragen. Sonnabend stellte sich Paul Wegener in Gerhart Hauptmanns Charakterkomödie "Kollege Crampton" vor. Gestlich steht diese Komödie zwischen den "Webern", dem Drama des Hungers und grausamen Elends, und dem "Überpelz", der nach Kleists "Zerbrochenem Krug" noch immer unter bestes Lustspiel ist. Von Handlung ist in der Komödie wenig zu spüren; sie ist ganz auf den Charakter Crampons der Name wird ausgesprochen, wie er geschiehen wird) eingesetzt. Alles andere ist nur Begleitmusik. Der Charakter Crampons trägt im wesentlichen zwei Züge: er ist komisch und tragisch zugleich. Darauf ist es zurückzuführen, dass sowohl der Komödiant, sofern er gleichzeitig ein großer Menschensteller ist, wie auch

der Tragödie dieser Rolle beizukommen vermag. Welche Rollen der "Kollege Crampton" spielen, werden aber jeweils die Seite des Charakters stärker betonen, die ihnen am nächsten liegt. Einmal durfte der heute noch nicht vergessene Georg Engel die Rolle zu seinen besten Fähigkeiten bringen. Sein liebenswürdiger, menschlicher Humor machte aus dem Professor Crampton eine Gestalt von Wucht und Größe. Paul Wegener, dessen Stärke im Tragischen liegt, betont ganz natürlich die andere Seite im Charakter "Crampton" mehr. Auf diese Weise kommt ein ganz neuer Crampton zustande. Er völlig für sich allein besteht. Da Wegener alle Münzen seiner überreichen Gestaltungskraft spielen ließ, sahen wir einen Crampton, der durch die Hilfe seiner Einzelzüge geradezu erstaunlich wirkte. Der Charakter Crampons wurde restlos erschlossen. Die Gestalt wirkte trotz alter Rächerlichkeit tief tragisch. Störend empfunden wurde einzig und allein der banale Schluss, für den aber einzige und allein der Dichter Hauptmann haftbar zu machen ist. Das Publikum, das sich wiederum in sehr großer Zahl eingefunden hatte — die besseren Plätze waren sogar restlos besetzt — verfolgte mit großer Interesse Anteilnahme das Spiel des großen Schauspielers und gestaltete den Besuch geradezu zu einem Beisammensetzen. Niemand konnte sich dem gewaltigen Eindruck entziehen. Was neben dem leidenden Bettellosen Crampon noch die Bühne bevölkerte, waren lediglich Sterne, welche die Bühne umkreisten. Sie haben die einzige Aufgabe nom Dichter mit auf den Weg bekommen, Crampons Charakterbild klarer hervortreten zu lassen. Crampons Tochter Gertrud, die in rührender Treue zum Vater hält, gab Leni Kraus lebensecht und im ganzen wirkungsvoll. Paul Schneider war Max Sträbler. Er gab den jungen Maler, der seinem Herrn und Meister mit letzter Unabhängigkeit durch alle Maßnahmen folgt, und sich selber ihm verbunden fühlt, je mehr die anderen sich von dem komischen Neukost lösen. Leicht und eindringlich, ohne jede Theatralität. Der Dienstmädchen Löffler, Crampons Kofotop, hörte Theodor Gräsmi leicht. Da er sich frei von jeder Nebertreibung hielt, erfuhr sein Löffler eine Gestaltung, die aus sich heraus fast überzeugend wirkte. Hildegard Höhrs als Agnes Sträbler und Paul Hölschendorf als Adolf Sträbler, die beiden Geschwister Marxen, gaben ihr Bestes her. Auch die kleineren Rollen waren angemessen besetzt, sodass die Aufführung, für deren Entwicklung Director Gräsmi verantwortlich zeichnete, als Tonnes genommen, einen abgerundeten Eindruck machte. Der Zeitgeist war sehr stark. Noch als der Eisne heruntergelassen worden war, mühete sich der berühmte Gast immer von neuem dem beifallsfreudigen Publiko zeigen. -o-

Spiel, Sport und Körperpflege.

A.T.W. 1. Liga Hamburg-Möllnberg 1. Mai 1921 (3:1). Das Spiel, welches letzten Sonntag in Hamburg stattfand, wird vorläufig wiederholt werden müssen wegen falscher Entscheidungen des Schiedsrichters.

A.T.W. 1. B. Winniberg 1. Mai 1921 (3:0). Auf dem Sportplatz Falkenweise verlor die b-Mannschaft der Turner die an erster Stelle stehenden Winniberger Sicher mit 3:1 zu besiegen. Die Gäste hatten sich die Sache wohl leichter vorgestellt, denn in der zweiten Spielhälfte versuchten sie mit aller Gewalt auszugleichen oder sogar die Führung zu übernehmen; das Spiel artete infolgedessen durch körperliche Kraftanwendung von Seiten der Gäste sehr aus.

Entwurf zur Erziehungsreform des Gymnasiums mit drei farbigen Tafeln: Kultur-, Stoff- und Stundenplan. Von Hermann Sörgels. Verlag Zenner Volksbuchhandlung, Zena. Preis 5 Mt.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 14. März.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

14. März. 12. März.

Holland	100 fl.	2162½	2162½
Kopenhagen	100 Kr.	1082½	1086
Stockholm	100 Kr.	1422½	1417½
Kristiania	100 Kr.	1022½	1029½
Helsingfors	100 finn. Mk.	170	171
Schweiz	100 Frs.	1062½	1062½
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15½	14½
Budapest	100 K.	15½	16
Prag	100 K.	82½	88
Spanien	100 Pesetas	875	877½
London	1 £	245½	248
Paris	100 Frs.	451	451
Belgien	100 Frs.	470	469
Italien	100 Lire	285	240
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	—	62½	62½
do. briell. Ausz. od. Scheck	—	—	—

Schiffssverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsnamen Kapitän Heimathafen Fahrzeit Tage Std.

Angelkommen am 14. März 1921.			
D.	Hertha	Krook	Baltiipors 4
D.	Carl Siehn	Brüder	Ørelöfjord 3
G.	Wilna Richn	Fock	Ørelöfjord 3
G.	Edua Richn	Hartmann	Ørelöfjord 3
G.	Grete Richn	Jansson	Ørelöfjord 3

Angelkommen am 15. März 1921.			
D.	Kalten	Kürgens	Rodenhagen ¾
D.	Bredow	Kohb	Steens 1

Eingegangene Druckschriften.

Hans Günther, Wellentelegraphie. Ein radiotechnisches Praktikum. — 1.—10. Tausend, 112 S. Ottav mit 61 Abbildungen im Text und einem farbigen Titelbild, darstellend die Großstation Nauen. — 1921, Stuttgart, Franck'sche Verlagsbuchhandlung. — Geh. 6,60 Mt., geb. 9,80 Mt. — Ein leicht fühlbares Buch, das dem Leser in jeder Beziehung einen vollkommenen und befriedigenden Einblick in die ungeheuren Fortschritte dieser Wissenschaft gibt. Überall sind Vergleiche aus anderen, dem Empfinden des Laien näher liegenden Gebieten eingestreut, die das Verständnis sehr erleichtern. Dazu trägt auch die Sprache, von unzähligen Fremdwörtern völlig freie Sprache des Verfassers bei, die genau so wirkt, als ob er dem Leser gegenüberstehe und ihm erzählt. Das Buch empfiehlt sich für jeden, der ohne viel Mühe und ohne besondere Vorkenntnisse einen Überblick über ihre Entwicklung und ihren heutigen Stand gewinnen will.

Entwurf zur Erziehungsreform des Gymnasiums mit drei farbigen Tafeln: Kultur-, Stoff- und Stundenplan. Von Hermann Sörgels. Verlag Zenner Volksbuchhandlung, Zena. Preis 5 Mt.

Nachzahlung auf Hundesteuer.

Durch Gesetz, betr. die Hundesteuer, vom 16. Februar 1921 die Hundesteuer rückwirkend vom 1. Januar d. Jrs. ab erhöht worden. Die Nachzahlung des Differenzbeitrages zwischen dem nach dem alten Gesetz berechneten erhöhten und dem nach dem neuen Gesetz zu erhebenden Steuerbetrag für das Kalenderjahr 1921 hat in der Zeit bis zum 19. März 1921 bei der Polizeiakte, Menzstraße 4, während der Fassenstunden von 8 bis 1 Uhr unter Vorlegung der ersten Empfangsbescheinigung zu erfolgen.

Besonders erwünscht ist, dass die Nachzahlung durch Überweisung auf das Postfachkonto oder auf ein Bankkonto des Polizeiamts — siehe Steuerquittung — unter Angabe des Buchstabens und der Nummer des erhaltenen Steuerzettels bewirkt wird.

In den Landbezirken kann Zahlung bei den Polizeistationen geleistet werden.

Die Steuernachzahlung beträgt:

a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder ihrer inneren Vorstädte gehalten wird, Mt. 80,—;

b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Stadtgebietes gehalten wird, Mt. 24,—;

Wer über mehr Hunde gehalten, so erhöht sich der Nachzahlungsbetrag bei dem zweiten Hunde um Mt. 60,—, bei dem dritten Hunde um Mt. 100,— und bei dem vierten und jedem weiteren Hunde um Mt. 200,— vergleiche § 2 Abs. 2 des Gesetzes.

Wer bis zum 19. März d. J. die Nachzahlung nicht geleistet hat, verfällt in eine Geldstrafe von 10 Mt.

Lübeck, den 2. März 1921. (14907)

Schweineschmalz

Bird 1150 u. 12.—	M.
Bratenfahnsatz	≈ 10.—
Moragne	9,50
Knöckling	4,40
Edler Sango	3,50
Kartoffelmehl	4,—
Meissner (14942)	3,20
Maisgrütze	2,20
Käse-Crème	3,20
Gelee-Crème	2,50
Weine Bonnen	1,85
Soldzerginge Std. 95 4 u. 1,20	
A.H.-Selteneier	≈ 3,50
Selze, Doppel-Mil 3,50 u. 4,50	

Friedrich Trosiener

Möbelstraße 87, Stern 215.

Spare

Zeit, Geld und Mühe.

spare durch Schuhputz



Arzeigen

für bissige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelte zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des

"Lübecker Volksboten"

Johannisstraße 46.

Vorwärts-Almanach

für 1921!

mit zahlreichen Kupferstichdruckabbildungen.

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

Charleville.

Dunkle Punkte aus dem

Flappeneleben.

Von Dr. Wilhelm Appenz.

Büttmann

MR. 1,50.

zu bestehen durch:

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46.

Neu! Soeben erschienen!

Heimliche Abtreibung

oder ärztlicher Eingriff

Warum sind die §§ 218 und 219 des St. G. B. ein schweres Unrecht an werdenden Müttern

Aufklärungsschrift über die Abtreibungsparagraphen

von Dr. Kronheim

Arzt in Brandenburg (Havel).

Verlag

Preis Mt. 1,50

**Präsident
Barrada**
kommt

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Zentrale für private Fürsorge.
Abholung u. Neufertigung jeglicher Kleidungsstücke. Annahme von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Königstraße 19. Fernsprecher 8744.

Zentrale für private Fürsorge.

Mittagstisch I Königstraße 19

Abgabe des Essens von 12-4 Uhr.

Krankenkost Königstraße 19

Abgabe des Essens von 12-1/2 Uhr.

Mittagstisch II Fischstraße 17

Abgabe des Essens von 12-2 1/2 Uhr.

für Abonnenten bis 8 1/2 Uhr.

Sonntags nur von 12-1/2 Uhr.

Fernspr. 8744. (14958)

Reichsbund d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen,
Sitz Berlin, Ortsgruppe Lübeck.

Zentralverband der Arbeits-Invaliden,
Sitz Frankfurt a. M., Ortsgruppe Lübeck.

Öffentl. Versammlung

am Mittwoch, dem 16. März 1921,

abends 7 1/2 Uhr,

in den Zentralhallen, Dankwartsgr. 20/22.

Tageordnung:

Das Arbeitstreit der Schwerbeschädigten

Unschärfe: Freie Aussprache.

Alle Kriegsbeschädigten und Verwundeten werden besonders zu dieser Versammlung eingeladen, insbesondere aber auch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Obmänner der Schwerbeschädigten in den Betrieben. (14928)

Nur 2 Tage
Herrenstoffe
überraschend billig!

Um etwas ganz Besonderes zu bieten, verkaufe ich nur in guten, tragbaren Qualitäten

Stoff zu einem ganzen Anzug

aus Gruppe I aus Gruppe II aus Gruppe III aus Gruppe IV

für 138 M für 240 M für 321 M für 345 M

Außerdem sehr preiswerte gestreifte Hosenstoffe und 140/150 Zentimeter breite Herren- und Damenstoffe, gute Qualitäten, in Marine-, Schwarz- und Marengo-Farben.

Der Verkauf findet statt nur am

Mittwoch, 16. März u. Donnerstag, 17. März

von 8 bis 6 Uhr in

Lübeck, Gewerkschaftshaus

Johannisstraße 50/52, Zimmer 4.

L. Sternfeld, Berlin.

14920

Kolosseum

Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr:
Persönliches Aufreten
des weltberühmten Psychologen

Arno Arco

I. Teil:

Telepathie, Gedanken-Reproduktion,
Gedankenübertragung ohne Berührung.

II. Teil:

Das okkulte Gebiet.
Die indischen Phantome.

Karten zu 2,50, 5,50, 8,50 Mk (einschl. Garderobe) bei Ernst Robert,
Breite Straße 29 und an der Abendkasse. (14958)

Frisch geräucherten
Dorsch-Kogen
pr. Pf. 2,50 Mk.
Fett-Bildunge,
Monomasse-Salat
sowie alle kleinen Fisch-
konserve. (14926)
Paul Lohrmann,
Hundestraße 93.

Inseln
Ostsee 16 = 0. Infl.



Kräftiges rohes Militärleder

Kernleider-Brandsohlen

Kernleider-Kappen

reine Lederabsätze

Größen: 39—46.

Um der Allgemeinheit zu dienen,
erhält jeder Käufer, und zwar
nur gegen persönliche Anprobe,

1 Paar.

KARSTADT

Lübeck

Fabelhafter
Gelegenheitskauf!

100 Mille Zigaretten
rein Übersee, voll. Form
Band. Mf. 1,00—1,50

Mille nur
Mf. 450—600.

200 Mille
Engl. Zigaretten,
beste bekannte Marken,
Mille nur
Mf. 250—280. (14944)

Grundmann,
Großhandlung,
Lübeck, Schlüsselbuden 92

Arbeiter-
Notz-
Kalender

für das Jahr 1921.
Mf. 3,50.

Buchh. Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Keine Kohlen

Keinen Sols

Keine Grude

Keine Brüder

Kein Holz

Kein Gas

brauchen Sie mehr, wenn Sie meine geleglich geschürgten

Shermidor-

Cesen u. Herde

im Gebrauch haben.

Brennt nur mit Abfallprodukten.

Nicht zu verwechseln mit anderen Fabrikaten!

Daher 3 Jahre volle Garantie!

Brennstofflager!

Brennstofflager!

Verkauf und Vorführung ab Mittwoch, 16. März:

Georg Kracki,
Lübeck, Glockengießerstraße 50.
Travemünde, Vorderseite 43.

Zur Konfirmationsfeier
empfiehlt, um damit zu
räumen:
Weiß, Rot, Portwein,
Bière, Schampus, französischen Seft, teilweise
unter Eindau. Ich bitte,
dass dieser günstigen Gele-
genheit Gebräuch zu machen.
Kerner sind bei mir sämt-
liche Zutaten zur Koch-
küche zu haben. Sowie
Schmalz gar rein 11,80, 9,50
Margarine billige
Koekje 12.—

Heinrich Vick
14949, Unterstraße 66.

**Präsidium
Barrada**
kommt

Fahrradgummi

Marke „Exelsior Prima“
empf. zu billigsten Preisen.

L. Schöning,
Hofstrasse 57. (14956)

**Präsidium
Barrada**
kommt

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an.
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

**Präsidium
Barrada**
kommt